



Protokoll

32. und 33. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 30. November 2020, 18:00 Uhr bis 22:45 Uhr
Stadthofsaal, Theaterstrasse 1, 8610 Uster

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 52/2020 des Stadtrates: Leistungsaufträge 2021-2024 und Globalbudgets 2021
- 4 Leistungsmotion 569/2020 von Silvio Foiera (EDU) und Christoph Keller (SVP): Open-Government-Data-Strategie
- 5 Weisung 53/2020 des Stadtrates: Budget (Voranschlag) 2021 und Finanzplanung 2022-2024, Bericht
- 6 Weisung 51/2020 der Sekundarschulpflege: Budget (Voranschlag) 2021 der Sekundarstufe Uster
- 7 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Karin Niedermann (SP), Präsidentin Anita Borer (SVP), 1. Vizepräsidentin (TOP 3.2)
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	35 (ab 18:14 Uhr 36) Ratsmitglieder (inklusive Präsidentin)
Sekundarschulpflege	Benno Scherrer, Präsident (ab 19:37 Uhr bei TOP 3) Margrit Bucher-Heer, Finanzdelegierte (ab 19:37 Uhr bei TOP 3)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau (ab 18:42 Uhr) Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit (ab 18:42 Uhr) Pascal Sidler, Stadtschreiber
Verwaltung	Andreas Baumgartner, Kommandant Stadtpolizei Anita Bernhard, Abteilungsleiterin Gesundheit Andreas Dambach, Chef Stab Stadtpolizei Andreas Frei, Abteilungsleiter Bau Daniella Maag, LG-Leiterin Bürgerrecht Enrico Quattrini, Abteilungsleiter Sicherheit Hans Ulrich Salchli, LG-Leiter Organisation und Controlling Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen Nicole Ward, juristische Mitarbeiterin Stadtkanzlei Markus Zollinger, Abteilungsleiter Bildung Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales
Gäste	Simon Berger, „Gemeinderat Nr. 37“ Gianluca Di Modica, WFU Rolf Graf-Ganz Noldi Hürlimann Rudolf Locher, alt Gemeinderat Martin Saner
Verspätet	Andrea Grob bis 18:14 Uhr (während TOP 3)
Ausstand	Rolf Denzler (SVP), ab 22:32 Uhr abwesend Ulrich Schmid (CVP), ab 22:32 Uhr abwesend
Presse	Laura Hertel, AvU David Marti, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und die Gäste. Stadträtin Karin Fehr Thoma und Stadtrat Stefan Feldmann werden verspätet eintreffen (Doppelsitzung Kantonsrat).

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 18).

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen

Hans Denzler (SVP) verliest folgende Erklärung: *Wie perfekt und wie gross müssen die Angebote der Öffentlichkeit für seine Bürger sein?*

Mit diesem einleitenden Satz möchte ich Mal die gesamte BU-Debatte kritisch hinterfragen.

Wir alle wissen, dass es in den öffentlichen Kassen in nächster Zukunft nicht rosig aussehen wird.

In den letzten Wochen haben wir alle über mögliche Einsparungen diskutiert. So richtig grosse Einsparungen sind aber nicht rausgekommen. Für mich kommt immer wieder die Frage auf, wieso brauchen wir immer mehr finanzielle Mittel um alles zu bewältigen. Ich möchte keine Zahlen erwähnen wo zu viel oder zu wenig ausgegeben wird. Es muss das ganze System mal über denkt werden. Es braucht Sportanlagen aber braucht es Top Top Anlagen oder nur Top? Sind Ersatzhallen notwendig, dass die Vereine lückenlos trainieren können? Ist in der Übergangszeit von den Vereinen kein Engagement/Improvisierung oder ein kleiner Verzicht zuzumuten? Spitzen-Fussballer kommen vermehrt aus Ländern die eine sehr schlechte Infrastruktur besitzen, aber die Leidenschaft zählt.

Muss der Akademisierungswahn weiter so vorangetrieben werden?

Sind die Kinder glücklicher, wenn sie eine studierte Kindergärtnerin vor sich haben? Wäre es nicht sinnvoller, den Kindern weniger Druck, dafür mehr Zeit in der Entwicklung zu geben. Somit könnte sicher auch in der Schulpsychologie eingespart werden. Auch in anderen Sparten z.B. Gesundheitswesen werden immer mehr Leute mit Hochschulabschluss eingestellt. Das heisst nicht, dass ich gegen Hochschulabsolventen bin. Die Frage ist, an welcher Stelle und wie viel.

Es werden neue Stellen geschaffen und die einzelnen Bereiche immer mehr ausgebaut.

Unser ganzes System hat sich immer mehr aufgeschaukelt in Professionalität und Perfektion, in einen immer grösseren Aufgabenkatalog der Öffentlichkeit, gegenüber dem Bürger.

Die Frage ist was hat die Öffentlichkeit für Grundanforderungen zu erfüllen und auf welche Weise wollen wir das erreichen?

Wie viel Verantwortung und Aufgaben trägt der Bürger gegen über sich selber und wie viel die Öffentlichkeit?

Mir ist bewusst, dass es nicht einfach ist, alles unter einen Hut zu bringen, gesetzliche Rahmenbedingungen, Finanzhaushalt und Bürgerzufriedenheit, trotzdem sollten wir versuchen langsam wieder auf den Boden zurückzukehren.

Markus Ehrensperger (SVP) verliest folgende Erklärung: *An der letzten Gemeinderatssitzung habe ich den absoluten Tiefpunkt meiner gesamten Behördentätigkeit an meinem früheren Wohnort und jetzt in Uster erlebt.*

Bei der Debatte zum Zeughaus benannte der Sprecher der SP-Fraktion das Traktandum als wichtigstes Geschäft der ganzen Legislatur. Entsprechend überzog er auch elegant die Redezeit und musste durch die Ratspräsidentin auf die zu lange Zeit hingewiesen werden.

Das ist gar nicht so schlimm, schliesslich kommt das Wort Parlament von „Reden“, wie ein anderes Mitglied der SP-Fraktion an der Septembersitzung korrekt ausgeführt hat.

Und dann das: In diesem Parlament, in dem man reden soll, und beim wichtigsten Traktandum der Legislatur, habe ich als Vertreter der zweitgrössten Fraktion korrekt um eine Redezeitverlängerung ersucht. Und ich habe meinen Augen kaum getraut, dass genau die SP-Fraktion, die vorher so grosse Töne von sich gegeben hat, die Verlängerung abgelehnt hat.

Man kann ja unterschiedlicher Meinung bei Sachgeschäften sein, aber das Signal, dass die SP mit diesem Verhalten ausgesendet hat, empfand ich als absolut unterste Kanone und ist aus politischer Sicht höchst bedenklich.

Als SVP-Fraktionspräsident kann ich es noch als missratenes politisches Geplänkel abtun, mit dem einfach unsere Ratstätigkeit in ein schlechtes Licht geworfen wird.

Aber persönlich war ich bodenlos enttäuscht und es hätt mich uu möge. Ich glaube, dass ich in Bezug auf die Zusammenarbeit in diesem Parlament einer Illusion gefolgt bin. (vergleiche Seite 943)

1 Mitteilungen

Präsidentin Karin Niedermann (SP): *Die Zwischenverpflegung während der Pause steht in erster Linie für Gemeinderat, Stadtrat und Sekundarschulpflege zur Verfügung. Die Gäste haben vorerst im Sitzungssaal zu verbleiben. Essen und Getränke sind im Foyer abzuholen, wobei die Schutzmaske zu tragen ist. Es hat für alle genügend Verpflegung. Der Sicherheitsabstand ist auch beim Anstehen einzuhalten. Das Stehen im Foyer ist untersagt. Es müssen die Sitzplätze im Foyer oder im Sitzungssaal eingenommen werden. Trinkgläser werden nicht nachgefüllt, sondern es sind neue zu verwenden.*

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 31. Sitzung des Gemeinderates vom 9. November 2020 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Weisung 52/2020 des Stadtrates: Leistungsaufträge 2021-2024 und Globalbudgets 2021

Gemeinsame Behandlung mit TOP 4 und TOP 5.

Präsidentin Karin Niedermann (SP): *Grundlagen für Beratungen sind die Weisungen 52/2020 und 53/2020 mit „Novemberbrief“ (Stadtratsbeschluss 444 vom 3. November 2020) sowie die Übersicht über die Anträge der Sachkommissionen und der RPK (Stand: 23. November 2020) sowie der Antrag der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit zur Leitungsmotion 569/2020 sowie der Antrag der FDP/CVP-Fraktion.*

Zu den einzelnen Geschäftsfeldern äussern sich lediglich die Sachkommissionen, ausser die RPK stellt anderslautende oder ergänzende Anträge dazu.

Die Leistungsmotion wird am Schluss des Geschäftsfeldes Steuerung und Führung behandelt, dabei werden Referate der Kommissionen nicht mehr wiederholt, sofern diese bereits im betreffenden Geschäftsfeld (GF) gehalten worden sind.

Für die Eintretensdebatte werde ich zuerst dem Referenten des Stadtrates, dem Präsidenten der RPK und dann den Fraktionen nach ihrer Grösse das Wort erteilen. Die Redezeit (Art. 32 Abs. 1 GeschO GR) ist einzuhalten.

1. Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder (GF) inklusive Investitionen

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung: *Ich stelle Ihnen das Budget 2021 mit der Finanzplanung 2022-2024 vor. Es ist ein Budget, das in Zeiten von Krise und grösster Unsicherheit auf Stabilität, Ruhe, Verlässlichkeit und Zuversicht setzt. Wie immer werfe ich zuerst einen Blick auf das laufende Jahr 2020. Hier kann ich Ihnen Erfreuliches berichten. Im Vergleich zu den im September und Oktober publizierten Hochrechnungen gehen wir aktuell von deutlichen Mehreinnahmen bei den Steuern aus, insbesondere bei den Grundstückgewinnsteuern, den Steuerausscheidungen, den ordentlichen Steuereinnahmen natürliche Personen und den Steuern Vorjahre. Mehr Geld ist zudem bei der Quellensteuer zu erwarten. Denn es wurde festgestellt, dass seitens kantonales Steueramt teilweise die Einnahmen fälschlicherweise anderen Städten/Gemeinden gutgeschrieben wurden. Im Total beträgt die Differenz zurzeit 1,7 Mio. Franken, welche die Stadt Uster im 2020 oder 2021 nachträglich als Gutschrift vom Kanton erhält. Trotz den erfreulichen Aussichten bei den Steuern gehen wir nach wie vor von einem Defizit, im höheren einstelligen Millionenbereich aus, also höher als budgetiert. Hauptsächlich ist dies auf die Kosten der COVID-19 Pandemie zurückzuführen. Auch geht der Stadtrat nach wie vor davon aus, dass der Ressourcenzuschuss deutlich tiefer als budgetiert ausfallen wird. Insbesondere ist das kantonale Mittel, welches neben der Einwohnerzahl und der eigenen relativen Steuerkraft als Berechnungsgrundlage für die Höhe des Ressourcenzuschusses dient, noch nicht zuverlässig schätzbar, dies wird erst Anfang Februar 2021 durch das Gemeindeamt verbindlich kommuniziert. Neben den genannten Unsicherheiten wird auch die ausserplanmässige Abschreibung der temporären Dreifachturnhalle, welche der Gemeinderat in der letzten Sitzung gesprochen hat, das Ergebnis belasten. Nun zum Budget 2021: Der Stadtrat geht bei einem Gesamtaufwand von 262 Mio. Franken und einem Gesamtertrag von 252 Mio. Franken von einem Aufwandüberschuss von 9,9 Mio. Franken aus. Das Budget enthält Mindereinnahmen bei den Steuern und dem Ressourcenzuschuss von 5 Mio. Franken, gegenüber der letztjährigen Finanzplanung sogar von 7,2 Mio. Franken Mindereinnahmen. Die Abnahme ist hauptsächlich auf die zu erwartenden Mindereinnahmen aufgrund der COVID-19 Pandemie zurückzuführen, daneben kommt auch die Steuerreform 17 zum Tragen. Wie sich die Steuereinnahmen Ende 2021 dann effektiv präsentieren werden, ist sehr schwierig zu prognostizieren. Wie immer gilt beim Budgetieren: Einnahmen sind viel unsicherer als Ausgaben. Einige Kommunen unter anderem auch der Kanton Zürich beurteilen die Entwicklung bei den Steuern heute nicht mehr so negativ wie dies zum Beispiel im Juni der Fall war. Neben stark betroffenen Gemeinden wie Kloten oder Opfikon mit sehr vielen juristischen Personen gibt es Gemeinden, welche bei den Steuereinnahmen bis dato sogar überhaupt keinen Rückgang zu verzeichnen haben.*

Unsere Zahlen sind klar konservativ, d. h. vorsichtig geplant. Das Budget 2021 geht also von einem realistischen Szenario aus, welches aus heutiger Sicht eher vorsichtig ist.

Bei den Ausgaben hat der Stadtrat die Globalkredite der Geschäftsfelder im Total auf dem Vorjahresniveau eingefroren. Das Wachstum von 1,5 Mio. Franken ist de facto auf die höheren Abschreibungen zurückzuführen. Diese Mehrkosten resultieren somit aus der historisch hohen Investitionen in den letzten Jahren mit Grossprojekten wie Hallenbad und Schulhaus Krämeracker, die jetzt durchschlagen. Die Mehrausgaben aufgrund der Pandemie werden soweit als möglich und zum heutigen Zeitpunkt bekannt, schon der Rechnung 2020 belastet. Die Rechnung 2021 sollte durch diese Massnahme somit nicht zusätzlich belastet werden. Selbstverständlich gilt dies unter dem Vorbehalt, dass nicht grössere wirtschaftliche Verwerfungen zu deutlich höheren Kosten in der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe führen.

Die Parameter des «Haushaltsgleichgewicht» können mit dem vorliegenden Zahlenwerk eingehalten werden. Neben dem mittelfristigen Ausgleich, sind somit auch der Ausgleich des Budgets (maximal zulässiger Aufwandüberschuss) und die vom Stadtrat festgelegten finanzpolitischen Ziele punkto Steuerfuss und Nettovermögen eingehalten. Die langfristigen Schulden werden weiter zunehmen, aber sie werden sich gegen Ende der Planungsperiode auf einem tieferen Niveau stabilisieren als noch in der letztjährigen Planung angenommen, nämlich bei 170 Mio. Franken, die letztjährige Planung ging von 175 Mio. Franken aus. Die Entwicklung der langfristigen Schulden hat sich also trotz der Krise um 5 Mio. verbessert.

Die aktuelle Situation rund um die COVID-19 Pandemie und den beschlossenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie werden die Finanzhaushalte der öffentlichen Hand kurz- bis mittelfristig belasten. Nach wie vor ist es jedoch schwierig exakte Prognosen zu erstellen. In dieser Situation ist es angezeigt, die Kosten zu stabilisieren, die nötigen Hilfsmassnahmen zu treffen und ansonsten aber keine weiteren belastenden Entscheide zu fällen. Genau das ist es, was der Stadtrat vorschlägt. Er hat im Frühling die COVID-19-Massnahmen schnell eingeführt, er hat die laufenden Kosten für 2021 eingefroren und er plädiert für einen gleichbleibenden Steuerfuss von 91 Prozent (ohne Sekundarstufe).

Warum soll der Steuerfuss stabil bleiben? Es gibt drei Gründe dafür: Erstens soll in einer Zeit der Unsicherheit, in der viele Menschen existentiell besorgt und bedroht sind, nicht noch weitere finanzielle Belastungen durch den Staat auferlegt werden. «Die Angst vor der Steuerrechnung trifft auch den Mittelstand», so titelte der Anzeiger von Uster (AvU) letzte Woche. Denken Sie daran, liebe Gemeinderäte, wenn Sie heute Abend entscheiden. Höhere Steuern werden nicht nur die Gutverdienenden und die Firmen treffen und Uster für sie etwas weniger attraktiv machen. Höhere Steuern treffen auch den Mittelstand und belasten das sonst schon strapazierte Familienbudget noch weiter. Der zweite Grund ist der Wert von Stabilität: Ein gleichbleibender Steuerfuss sendet ein wichtiges Signal der Verlässlichkeit. Uster hat seit Langem eine gleichbleibende Steuerbelastung, und das ist gut so. Seit 6 Jahren setze ich mich nun schon als Finanzvorsteher für einen stabilen Steuerfuss ein. Liebe Gemeinderäte, lassen Sie es nicht das verflixte 7. Jahr werden!

Der dritte Grund: Die fehlende Notwendigkeit. Uster hat immer noch stabile Finanzen, ein fast rekordhohes Eigenkapital, auch Ende 2020 noch immer ein Nettovermögen, beide Finanzziele und der Mittelfristige Ausgleich sind erreicht. Die Zahlen stimmen und deshalb ist es gerade in einer Zeit der Unsicherheit angezeigt, auf Stabilität, Verlässlichkeit und vorsichtiges Abwarten zu setzen. Uster kann sich dieses Defizit in ausserordentlichen Zeiten leisten

Es sind verschiedene Kürzungsanträge sowohl in den Globalkrediten als auch im Investitionsbudget gestellt worden. Der Stadtrat lehnt die Anträge mit einer Ausnahme im GF Präsidiales ab. Auch die pauschalen Kürzungsanträge lehnt der Stadtrat ab und bittet Sie, alle Anträge abzulehnen. Der Stadtrat bittet zudem darum, dass er in Zukunft wieder Gelegenheit erhält, zu gestellten Anträgen nicht erst im Gemeinderat, sondern schon in den Kommissionen Stellung nehmen zu können.

Der Stadtrat hat das Budget 2021 mit der nötigen Sorgfalt und mit breiter Unterstützung der einzelnen Abteilungen erstellt. Es ist ein Budget, das mitten in der COVID-19 Krise auf Stabilität, Ruhe, Verlässlichkeit und Zuversicht setzt. Im Namen des Stadtrates danke ich für das in uns gesetzte Vertrauen und freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit. Der Stadtrat wird sich mit Ihnen dafür einsetzen, dass die Stadt auch weiterhin eine finanziell gesunde, attraktive und lebenswerte Stadt sein wird.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier** (EVP): *Es geht um das Budget 2021. Sie wissen es – die Aussichten sind düster. Der Stadtrat plant ein Defizit von nahezu 10 Mio. Der Steuerfuss soll auf 91 % bleiben. Die bereits durch die Corona-Pandemie arg gebeutelte Bevölkerung soll nicht durch eine Steuerfusserhöhung zusätzlich belastet werden. Weil man davon ausgehen kann, dass die Meinungen zum Budget zum Zeitpunkt der RPK-Sitzung bereits gemacht sind, wurde keine Grundsatzdebatte zum Budget geführt. Der Rat wird im Anschluss an dieses Referat das Vergnügen haben.*

Die RPK ist sich der schwierigen Finanzlage bewusst. Es wurden verschiedene Anträge diskutiert:

- *Ein Antrag, den Globalkredit pauschal um 1 % zu kürzen wurde mit 3 : 6 Stimmen abgelehnt. Das wäre ein Auftrag an den Stadtrat, die Sozialbehörde und die Primarschulpflege gewesen, rund 1,4 Mio. irgendwie zu kürzen.*
- *Verschiedene eher kleinere Kürzungsanträge fanden eine Mehrheit. Darunter fallen auch etliche Posten aus der Investitionsrechnung. Diese Investitionen sollen nicht gestrichen, aber erst im 2022 oder noch später ausgeführt werden.*
- *Ein Kürzungsantrag wurde in der LG HRM / Personaldienst gestellt, der jedoch die gesamte Verwaltung betrifft. Der Stadtrat geht davon aus, dass aus den sogenannten Rotationsgewinnen 0.6 % der gesamten Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen verwendet werden können. Diese Lohnerhöhungen wurden von der RPK um Fr. 140'000 gekürzt. Es sollen nur 0.4 % statt 0.6 % der Lohnsumme für Lohnerhöhungen verwendet werden.*
- *Beim GF Heime Uster wurde der Globalkredit um Fr. 300'000 gekürzt. Der Umsatz bei den Heimen liegt bei über 30 Mio. pro Jahr. Es geht also effektiv um die Kürzung um etwas weniger als 1 %. Je nach Bettenauslastung dürfte dieser Betrag umsetzbar sein, ohne beim Aufwand etwas kürzen zu müssen.*
- *Der Antrag der KÖS, den Globalkredit des GF Liegenschaften um 5 % zu kürzen, musste in der RPK diskutiert werden. Die Meinung der Befürworter der Kürzung von rund Fr. 400'000 ist, dass das GF Liegenschaften versuchen muss, die Einsparungen vorzunehmen. Man geht aber davon aus, dass dies nicht möglich sein wird und erwartet deshalb eine gute Begründung für eine Budgetüberschreitung oder einen Nachtragskredit im Sommer 2021. Die RPK lehnte den Antrag mit 4:5 Stimmen ab.*

Die RPK hat schlussendlich den geänderten Globalbudgets inkl. Investitionsrechnung, d.h. den Weisungen 52 und 53 mit je 7:2 zugestimmt.

Steuerfuss:

Einige Wellen hat der Antrag der RPK ausgelöst, den Steuerfuss um 3 % auf 94 % zu erhöhen. Dieser Antrag fand mit 6:3 Stimmen eine Mehrheit. Wir erinnern uns: Der Stadtrat hat vor einem Jahr eine 3 %ige Steuerfusserhöhung beantragt. Dies im Wissen resp. der Vermutung, dass der Haushalt der Stadt Uster unter einem strukturellen Defizit leidet und es deshalb früher oder später eine Steuerfusserhöhung braucht. Der Stadtrat hat dieses Jahr wegen Corona auf den Antrag einer Steuerfusserhöhung verzichtet, nicht weil es ihn nicht brauchen würde. Einige Gemeinderatsmitglieder wollen lieber in diesem Jahr die Steuerfusserhöhung beschliessen als im nächsten Jahr, kurz vor den Wahlen.

Dass sich das WFU (ich bin auch WFU-Mitglied) in einem Offenen Brief an Gemeinderat, Stadtrat, Parteien und Medien zur Steuerfusserhöhung, welche die RPK beantragt, äussert, ist sein gutes Recht. Dass er bei der möglichen Steuerfusserhöhung von einem Schlag ins Gesicht der Ustermer Bevölkerung und des Gewerbes spricht, halte ich doch für starken Tubak. Dazu ein paar Bemerkungen:

- *Es ist mir bewusst, dass ein Teil der Firmen kriselt. Viele werden deutlich weniger Gewinn machen oder sogar einen Verlust ausweisen. Jeder auf die Corona-Pandemie zurückgehende Konkurs ist eine Katastrophe.*
- *Noch 1998 hatte Uster einen Steuerfuss von gesamthaft 122 % (100 % pol. Gemeinde, 22 % Sekundarstufe). Heute haben wir 109 %, also 13 Steuerfuss-% weniger. Mit den beantragten 3 % wären es im 2021 wären es immer noch 10 Steuerfuss-% weniger als 1998 resp. wird hätten den gleichen Steuerfuss wie 2010 und 2011, damals aber 93 % Stadt und 19 % Sek.*
- *Seit 1998 wurde der Steuerfuss der Stadt 6 Mal gesenkt. Nur einmal, nämlich 2004 wurde der Steuerfuss um 2 % erhöht, weil damals die Handänderungssteuer abgeschafft worden war.*

- *Eine Steuerfusserhöhung von 3 % würde bedeuten, dass die Steuerrechnung, welche die Gemeinde- und Kantonssteuer umfasst, etwas mehr als 1 % höher ausfallen würde. Wird die Direkte Bundessteuer mit einbezogen wird, würde die Differenz weniger als 1 % betragen. Ich behaupte, dass diese Differenz nur ganz wenigen Personen auffallen wird. Denn ob die Steuerrechnung Fr. 980 oder Fr. 995 beträgt, ist so gut wie irrelevant. Für die Stadt Uster würden 3 % jedoch etwas mehr als 3 Mio. ausmachen, d. h. das vermutete Defizit würde um rund einen Drittel reduziert.*
- *Ich selber habe in den letzten 20 Jahren weit mehr als 50 Jahresabschlüsse von KMU erstellt, in ganz verschiedenen Branchen und ganz unterschiedlicher KMU-Grösse. Nur eine dieser Firmen liefert einen markanten Teil des Gewinns als Steuern ab und vermag dies auch in der Corona-Krise zu stemmen. Bei allen anderen Firmen fiel kein oder nur ein kleiner Gewinn an, resp. man konnte diesen mit Vorjahresverlusten verrechnen, oder ein vermeintlicher Gewinn wurde auf ein Minimum reduziert, indem man die Besoldung des Eigentümers erhöht hat. Und für diese ist die Differenz des zu versteuernden Einkommens im Hinblick auf die Steuerrechnung entscheidender als der Steuerfuss.*

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti** (SP): *In diesem Jahr gleicht das Erstellen eines Budgets einer Bergwanderung im Nebel. Den Weg sieht man schlecht, es ist nicht klar, wann sich der Nebel lichtet und darum wartet man auch besser, bis sich der Nebel lichtet.*

Dies versucht der Stadtrat mit dem vorliegenden Budget wohl zu machen. Obwohl eines Defizits von 9,9 Mio Franken verzichtet der Stadtrat im Moment auf ein Sparprogramm und Investitionskürzungen. Dies können wir zum heutigen Zeitpunkt nachvollziehen und ist sinnvoll.

Die Globalkredite bewegen sich nach den Vorgaben des Budgets 2020 und erfahren somit keine Erhöhung. Der Stadtrat steuert die Ausgaben dort, wo er kann und schaut somit, dass die Kosten nicht in die Höhe schiessen. Dies ist ihm meistens gelungen.

Das Budget erfährt keine grossen Sparmassnahmen, was in der momentanen Situation sicher kontraproduktiv wäre. So ist es erfreulich, dass auf Investitionen nicht verzichtet wird. Sowohl das Gewerbe wie auch die Bevölkerung werden von diesen Investitionen profitieren.

Dass der Stadtrat den Steuerfuss angesichts der vielen unsicheren Annahmen im Budget nicht erhöhen will, ist nachvollziehbar. Trotzdem muss der Steuerfuss unbedingt diskutiert werden. Der Haushalt der Stadt Uster ist in Schieflage. Wir haben ein strukturelles Defizit, Corona-bedingt von rund CHF 5 Mio. Die Schulden, welche bereits heute mit CHF 120 Mio. sehr hoch sind, steigen in den nächsten Jahren um CHF 35 Mio. auf rekordhohe CHF 155 CHF. Diese Schuldenhypothek wollen wir nicht der nächsten Generation überlassen. Da ist es höchste Zeit, Gegensteuer zu geben. Dazu sind wir bereit. Wir unterstützen mehrheitlich Massnahmen, um das Budget zu entlasten. Auf der anderen Seite fordern wir aber auch eine Erhöhung des Steuerfusses. Diese beiden Massnahmen sind der erste Schritt, um das strukturelle Defizit auszugleichen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *In gewöhnlichen Zeiten würde sich die SVP normalerweise über ein stabil bleibendes Budget freuen. Aber dies sind keine gewöhnlichen Zeiten und das Budget 2020 war schon hoffnungslos überfrachtet. Und damals war Corona nur ein Proleten-Bier aus Mexiko.*

Aufgrund der Corona-Krise überprüften rundum alle Gemeinden ihre Ausgaben und suchten nach Entlastungsmassnahmen, um die Haushalte von unnötigen Ausgaben zu befreien. Nicht so der Stadtrat von Uster. Der hat das Budget auf den Vorjahreswerten eingefroren und verkauft dies als einschneidende und harte Massnahme. Nur war schon im letzten Budget jede erdenkliche Ausgabe und diese mit fetten Reserven dazu eingeplant, weshalb das Verharren auf diesen Zahlen als leichteste Aufgabe überhaupt angesehen werden muss.

Immerhin will der Stadtrat den Steuerfuss gleichbleibend festsetzen, was wir begrüssen. Der Stadtrat hat korrekt dargelegt, warum er den Steuerfuss halten will: Damit die gebeutelte Bevölkerung und das Gewerbe nicht noch den Steuerhammer ins Genick geschlagen bekommen und wenigstens eine Belastung in diesen Zeiten gleichbleibt.

Und nun kommt die RPK mit der Steuerfusserhöhung. Also eigentlich ist allen klar, dass es nicht die RPK ist, sondern die vier linken Parteien, die sicher nicht nächstes Jahr, kurz vor den Wahlen, den Steuerfuss erhöhen wollen. Die SP hat in ihrer Medienmitteilung geschrieben, dass man den Steuerfuss mittelfristig erhöhen muss. Mittelfristig sind bei der SP also zwei Monate.

*Eben: Das linke Allheilmittel: Steuern rauf, dann kommt mehr Geld rein. Aber in dieser speziellen Situation funktioniert das noch weniger als sonst.
Das Corona-Horrorjahr für das Gewerbe schlägt sich in der Steuerrechnung halt erst nächstes und übernächstes Jahr nieder.
Das bedeutet für Uster: Die Steuereinnahmen sinken in Zukunft drastisch. Weil die Leute nichts mehr zum Versteuern haben. Und RPK und links wollen gleich noch mehr wegnehmen.
Die RPK will das strukturelle Defizit bekämpfen. Wieviel beträgt denn dieses Strukturelle Defizit? Reichen dann 3 Steuerprozent um das riesige Loch in der Stadtkasse stopfen zu können? Die Einnahmen in Zukunft werden weniger und mit einer Steuererhöhung wird das Problem ein Jahr später gleich noch schlimmer.
Es ist der falsche Weg. Über die Einnahmenseite kommen wir nicht aus dem Dilemma heraus, weil die Geldgeber, die Steuerzahler, noch schlechter dran sind.
Die in dieser Situation richtige Möglichkeit ist, auf der Ausgabenseite den Hebel anzusetzen. Und wie macht man das in einem NPM-System? Entweder man reduziert einzelne Ziele und Leistungen direkt, oder man kürzt mit Pauschalen. Nun gibt es Geschäftsfelder, die jahrein jahraus an die Budgetvorgaben halten und es gibt Geschäftsfelder, die die Vorgaben des Gemeinderates eher als Empfehlung betrachten. Wir können nicht alle über den gleichen Kamm scheren. Also stellen wir einen Kürzungsantrag beim Globalbudget der Gesamtverwaltung. Damit können der Stadtrat und die Verwaltung unter dem Jahr flexibel entscheiden und reagieren. Vielleicht fallen plötzlich budgetierte Posten weg und schon ist etwas gespart. Gleichzeitig ist es ein Auftrag, alle Kosten nochmals anzuschauen und insbesondere auch bei den gebundenen Kosten ein Augenmerk darauf zu legen, dass man gebundene Kosten auch auf dem silbernen Tablett servieren kann und nicht immer das goldene nehmen muss. In einem NPM-System weiss nun mal die Verwaltung am besten, wie die Ressourcen zugeteilt werden können.
In der Corona-Situation und insbesondere in den Jahren danach ist die Ausgabenreduktion das einzige Mittel, das selber kontrolliert werden kann. Die Einnahmenseite ist nur noch eine spekulative Talfahrt und wer das Ustermer Defizit damit bekämpfen will, muss sich nochmals die Lektion Volkswirtschaftslehre, insbesondere den Teil Makroökonomie, zu Gemüte führen.
Wir werden einige Detailanträge nochmals stellen und ganz am Schluss, nach der Bereinigung des Budgets, einen Pauschalantrag zu Ziffer 1 der Weisung 53/2020 stellen.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP), wozu er **Verlängerung der Redezeit – Zwischenruf von Ursula Räuftlin** (Grünliberale): *Anzahl der Minuten bitte! – beantragt, die vom Gemeinderat stillschweigend genehmigt* wird: *5 Minuten! (...)* *Die Ausgangslage zum Budget resp. der Steuerfussfrage ist ähnlich knapp wie vergangenes Jahr, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Damals durch den Antrag des Stadtrats bereits in der Öffentlichkeit breit diskutiert und thematisiert, wurde dieses Jahr wieder aus linksgrünen Kreisen die schon fast obligate Steuerfusserhöhung an der RPK-Sitzung eingebracht. 3 % oder 3 Mio. pro Jahr soll der Steuerzahler künftig der Stadtkasse mehr abliefern, ohne Gegenwert versteht sich.
Natürlich bereiten auch der FDP/CVP-Fraktion die finanziellen Aussichten unter dem herrschenden Umfeld sorgen. Aber wir sind nicht der Meinung, dass das Rezept darauf ist, einfach mehr Geld zu verlangen. Die zu beantwortenden Fragen sind, ob oder wann man sich was zu welchem Preis leisten kann. Exemplarisch dafür war die Abstimmung an der letzten Sitzung unseres Gremiums. Die Mehrheit in diesem Raum sich dagegen entschieden, beim Kulturzentrum weder die Zeitachse des Projektes zu hinterfragen, noch eine klare Haltung einzunehmen, was es kosten soll. Das sind die Zeichen, die uns die Sorgenfalten auf die Stirn treiben. Wenn sich das Parlament nicht mehr damit beschäftigt, ob und wie man Investitionen nachhaltig finanzieren kann, sondern per se davon ausgeht, dass man sich das Geld schon beim Steuerzahler beschaffen kann. Bei diesem Vorgehen sogar, ohne dass er sich direkt dagegen wehren kann.*

An dieser Stelle wiederhole ich meine Aussagen vom letzten Jahr in leicht abgeänderter Form, da ich letztes Jahr gegen den Vorschlag des Stadtrates sprach... „Um es wieder einmal klar zu betonen: Investitionen der öffentlichen Hand werden grundsätzlich zu dem Zeitpunkt finanziert, in welchem sie anfallen. Wir haben nicht den Zwang, künftige Investitionen vorzufinanzieren und wenn wir dies wollen, müssen wir dies klar deklarieren und die entsprechenden Vorgaben von § 90 Gemeindegesetz dazu einhalten. Das ist hier aber nicht der Fall. Mit den vorgeschlagenen 3 % geht es einzig und alleine darum, die laufende Rechnung der Verwaltung zu verbessern!“, und weiter: „Zu den grossen Investitionen, die immer als Begründung angebracht werden, werden die Stimmbürger erst noch Stellung beziehen müssen. Dannzumal wird der Zeitpunkt sein um aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Investitionen auf den Steuerfuss haben. Der Stimmbürger hat dann zu entscheiden, ob er sich dies leisten will oder nicht.“

Nun kann mir vorgehalten werden, dass wir im Gegensatz zum letzten Jahr wegen der Corona-Krise zusätzlich viel Geld benötigt hätten, welches wir nun wiederbeschaffen müssten. Dazu entgegne ich zwei Dinge:

1. Corona ist ein Sondereffekt und Steueranpassungen auf Sondereffekte sind ein Unding. In die eine wie die andere Richtung. Steuersätze sollten von Stabilität zeugen.
2. Das Prinzip des antizyklischen Verhaltens des Staates basiert darauf, dass er in Krisenzeiten für seine Ausgaben und Investitionen auch Schulden macht und nicht durch Steuererhöhungen den privaten Konsum und Investitionen abwürgt. So zeigen sich die meisten grösseren Gemeinden und Städte - bis auf das links regierte Winterthur - denn auch zurückhaltend, was die Erhöhung von Steuern anbelangt.

Wichtiger ist es aus unserer Sicht, dass wir nachhaltig, konsequent und über die Jahre bei den beeinflussbaren Ausgaben Mass halten und sinnvoll planen. Daher stellt die FDP-/CVP-Fraktion den Antrag für eine generelle 1 %-Kürzung aller Globalkredite. Dies aus den folgenden Gründen:

1. Eine 1%-Kürzung ist in allen Geschäftsfeldern ohne Leistungsabbau realistisch. Die teils vorgeschlagenen Kürzungen in einzelnen Geschäftsfeldern von 5% werden sich nur über den Abbau von Stellen bewerkstelligen lassen. Das kann, besonders in der heutigen Zeit, nicht im Sinne der linken Ratsseite sein.
2. Die Globalkredite sind nur ohne Abschreibungen stabil gehalten. Es sind aber 1.7 Mio. zusätzliche Abschreibungen in die Erfolgsrechnung eingeflossen. Wenn man ein stabiles Budget präsentieren möchte, sind auch die Abschreibungen zu berücksichtigen.
3. Grundsätzlich würden wir es lieber sehen, die Kürzungen mittels konkreter Vorschläge in gleicher Höhe zu erreichen. Das ist aufgrund der begrenzten Informationen des Rates infolge der Globalbudgets aber nicht möglich, weshalb uns schliesslich nur dieses Vorgehen bleibt.

Wir danken Ihnen daher für die jeweilige Unterstützung des Kürzungsantrages pro Geschäftsfeld. Auch gilt es in der ganzen Diskussion einnahmeseitig in die Zukunft zu schauen. So wird die Rechnung 2020 nicht gar so düster ausfallen, wie erst erwartet und auch im kommenden Jahr werden wir voraussichtlich nicht mit dem im Budget ausgewiesenen Fehlbetrag rechnen müssen. Zudem stehen nicht vorgesehene Einnahmen aus den Quellensteuern an und ab 2023 wird die Rechnung der Stadt durch die Abstimmungsergebnisse vom vergangenen 27. September um rund 3 Mio. entlastet. Alles in allem also Zeichen, die eher positiv stimmen.

Und auch die finanzpolitischen Richtgrössen, welche durch diesen Rat und den Stadtrat festgelegt worden sind, können weiterhin eingehalten werden.

Zum Schluss noch ein Satz zu Stabilität. Die Grünliberale/EVP-Fraktion wird heute das Zünglein an der Waage spielen - und bei einer Waage ist der Schwerpunkt, also die Mitte stabil. Somit hoffe ich, dass sich die Grünliberale/EVP-Fraktion als „Mitte“ ihrer Position besinnt und dem Antrag des Stadtrats zustimmen wird.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Die letzten Wochen waren wie auf einer Achterbahn: Rauf und runter, Fliehkräfte von rechts und links dazwischen ein Looping, und dabei darf es einem nicht schwindlig werden. Der Kopf muss weiter klar arbeiten. Manchmal habe ich mich festgeklammert, manchmal dem Drang loszulassen, nachgegeben. Gut ist es, wenn man wie wir eine starke Fraktion haben, mit denen das Achterbahnfahren trotz allem ein Vergnügen ist, eine Fraktion, die einem hilft, den Boden unter den Füßen nicht zu verlieren, eine Fraktion, die verschiedene Meinungen zulässt und am Schluss, wenn die Fahrt heute zu Ende ist mit gutem Gewissen von sich sagen kann, wir haben die Fahrt gemeistert und sind gemeinsam angekommen. Danke an dieser Stelle meinen „Fraktionsgspändli“.*

Aber nun zurück zum Budget und zur erwarteten Jahresrechnung: Mit gemischten Gefühlen nehmen wir sowohl die zu erwartende Jahresrechnung mit einem prognostizierten Minus von fast 10 Mio. Franken zur Kenntnis, die sich zwar gemäss Aussagen von Stadtrat Cla Famos nun etwas weniger schlecht präsentiert als noch im September angedeutet. Und auch das vorliegende Budget löst Schwindel aus. Ein Minus von 9.9 Mio. Franken, unglaublich. Auch hier spielt der Corona-Effekt eine Rolle. Es wird mit Ausfällen bei den Steuern und dem Ressourcenzuschuss von fast 5 Mio. Franken gerechnet. Eine hohe Zahl, die es erst zu kompensieren gilt. Wir anerkennen, dass es in der momentanen Lage schwierig ist, ein verlässliches Budget zu erstellen, denn durch die Pandemie sind viele Faktoren momentan noch mit viel Unsicherheit verbunden.

Sorgen bereiten uns nicht nur das prognostizierte Minus, sondern auch die langfristigen Schulden und der Cashflow. Mit dem Cashflow sollten die langfristig notwendigen Investitionen finanziert werden können. Mit 7.9 Mio. Cashflow wird dieses Ziel jedoch um 10 Mio. deutlich verfehlt, und auch die Nettoschuld von 8.2 Mio. dieses Jahr lässt den Schuldenberg weiter ansteigen.

Der wachsende Schuldenberg gepaart mit dem strukturellen Defizit sind für uns ein „No Go“. Wir fühlen uns der ökologischen und der sozialen aber eben auch der ökonomischen Nachhaltigkeit verpflichtet.

Aus diesen Gründen war es uns auch dieses Jahr ein grosses Anliegen, die Leistungsaufträge gründlich zu studieren und mögliche Leistungskürzungen zu erkennen. So haben wir auch dieses Jahr diverse Anträge eingereicht, bei denen wir hoffen eine Mehrheit im Rat zu finden. Wir sind überrascht, wie wenig Konkretes dazu von anderen Fraktionen gekommen ist.

Wir sind der Überzeugung, dass alle ihren Beitrag zu einem ausgeglichenen Budget leisten müssen. Deshalb unsere Forderungen:

- *Wir fordern, dass der Stadtrat wie auch die Abteilungen das durch die Anträge angepasste Budget einhalten und wenn nötig frühzeitig geeignete Massnahmen ergreifen, wenn man merkt, dass das Budget aus dem Ruder laufen sollte.*
- *Wir fordern, dass die Mitarbeitenden in der Stadt Uster auch ihren Beitrag zur Verbesserung leisten und haben deswegen die Kürzung der individuellen Lohnerhöhung von normal 0.6 auf 0.4 % gefordert*
- *Wir gehen soweit, dass auch die Bevölkerung und Unternehmen ihren Anteil an dieser misslichen Lage bezahlen müssen und sind bereit, eine mögliche Steuererhöhung mitzutragen, wenn sich alle Parteien dem Sparen und Eindämmen der Ausweitung der Globalbudgets verpflichten.*

Können wir das fordern? Zum heutigen Zeitpunkt mit den vielen Unbekannten? Mit dem Wissen, dass viele Privatpersonen wie auch Unternehmen dieses Jahr schon mit ihrer finanziellen Lage zu kämpfen haben? Ja, wir sind davon überzeugt, dass wir gerade in Zeiten von Corona solidarisch handeln müssen und jeder von uns seinen Teil zu einem ausgeglichenen Finanzhaushalt beitragen muss.

Wir stehen auch weiterhin ein für eine attraktive und finanziell handlungsfähige Stadt, welche auch künftig die nötigen Ressourcen für Massnahmen zur Eindämmung des Klimawandels bereitstellt.

Wie wir uns nun definitiv zum Steuerfuss stellen, wird sich in der Sitzung zeigen, unsere Forderung steht im Raum, dass sich auch die Parteien links von uns zum Sparen verpflichten.

Ist das nicht ersichtlich, haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Unbegründete Rasenmäher-Anträge werden wir im Übrigen weiterhin grossmehrheitlich ablehnen.

Wir sind uns unserer besonderen Stellung als «Zünglein an der Waage» sehr wohl bewusst und haben wie gewohnt Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen. Das Resultat ist das Ende unserer Achterbahnfahrt. Mögen wir in den kommenden Jahren den Boden unter den Füßen nicht verlieren.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): *In der Ustermer Stadtkasse klafft ein immer grösser werdendes Loch. Beinahe 10 Millionen Franken beträgt das Defizit im Budget für das Jahr 2021. Das entspricht 12% des Steuerertrags! Gegenüber dem letztjährigen Budget rechnet der Stadtrat mit Mindereinnahmen von 7,2 Millionen Franken – hauptsächlich wegen der Covid-19-Pandemie.*

Nur schon das Defizit des aktuellen Jahres würde wohl eine Erhöhung des Steuerfusses rechtfertigen. Und dennoch will der Stadtrat – im Gegensatz zum Vorjahr – nichts von einer Erhöhung des Steuerfusses wissen. Damit zeigt die Finanzpolitik des rotgrün dominierten Stadtrates bürgerliche Züge. Die Motivation des Stadtrats ist eigentlich nachvollziehbar, denn die Bevölkerung und das Gewerbe soll nebst der Covid-19-Pandemie nicht noch zusätzlich belastet werden. Allerdings ist es auch keine Lösung, das aktuelle Defizit kommenden Generationen zu überlassen. Zumindest mittelfristig rechnet der Stadtrat aber mit einer Steuerfusserhöhung.

Immerhin bei der Verschuldung gibt es einen kleinen Lichtblick: die langfristigen Schulden werden sich ab 2024 auf 170 Millionen Franken stabilisieren – also rund 5 Millionen Franken unter der letztjährigen Planung.

Und trotzdem: Der Haushalt der Stadt Uster ist aus dem Gleichgewicht. Und zwar schon seit Jahren, seit die Bürgerlichen den Steuerfuss zu sehr gesenkt hatten. Früher konnten die Löcher in den Jahresabschlüssen noch mit Landverkäufen kaschiert werden, das war aber keine nachhaltige Finanzpolitik. Auch der Anstieg des Schuldenbergs unter dem Stadtrat zu Zeiten von Werner Egli und Co. war ein klares Indiz, dass der Steuerfuss der Stadt Uster zu tief angesetzt ist.

Deshalb verlangen wir Grünen seit Jahren eine Erhöhung des Steuerfusses. Kommt hinzu, dass das vorliegende Budget ein Warnschuss für all diejenigen sein muss, denen Klimaschutz und Nachhaltigkeit am Herzen liegt. Denn es beweist leider eindrücklich, dass uns die Mittel für die anstehenden Herausforderungen fehlen. Bei einem eingefrorenen Budget bleibt nicht genügend Geld für dringend notwendige Massnahmen weder für den Klimaschutz noch für die Biodiversität, und auch nicht für das Kulturzentrum im Zeughaus.

Wir Grünen wiederholen aber nicht einfach unsere Analysen und Forderungen der Vorjahre. Wir gehen einen Schritt weiter: Wir wollen eine Steuererhöhung um 3% und tragen gleichzeitig zusätzliche Sparanstrengungen im aktuellen Budget.

Die Opfersymmetrie ist uns Grünen dabei wichtig: Die Veränderungen im Budget soll nicht von den Steuerzahlerinnen und -zahlern alleine finanziert werden, sondern auch die Verwaltung soll einen Teil dazu beitragen. Deshalb unterstützen wir Anträge, bei denen wir zum Teil zwei Mal leer schlucken mussten, etwa beim Stufenanstieg, beim Waldpark oder beim Verbrauchsmaterial im Regelunterricht. Aber letztlich haben wir uns nach der Prämisse orientiert: Was ist «nice to have» und was steht für uns an erster Stelle?

Wir Grünen rechnen mit Kürzungen in der Grössenordnung von 1 Millionen Franken. Zusammen mit der Steuerfusserhöhung sollte so das Defizit für 2021 fast auf die Hälfte verkleinert werden können – und vor allem: Wir erhalten für die kommenden Jahre wieder die Fähigkeit, zu handeln!

In der aktuellen Budgetdebatte haben FDP und SVP einen ratlosen Eindruck hinterlassen: Sie haben sich nicht die Mühe genommen, in den einzelnen Geschäftsfeldern gezielt Sparmöglichkeiten ausfindig zu machen, sondern sie gehen mit dem Mähdrescher (sprich SVP-Kürzungsanträge um 5%) resp. Rasenmäher (FDP um 1%) auf das Budget los, ohne Rücksicht zu nehmen, wo wieviel der Ausgaben gebunden sind.

Wir Grünen fordern die Erhöhung des Steuerfusses nicht leichtfertig. Wir tun dies im Wissen, dass die aktuelle Covid-19-Pandemie viele Menschen verunsichert – und wirtschaftlich enorme Schäden verursacht und noch verursachen wird. Wir gehen davon aus, dass eine Steuererhöhung für diejenigen verkraftbar ist, die ein geregelt Einkommen haben, und weniger diejenigen trifft, die ihre Arbeit verloren haben.

Fazit:

Sparen, Steuern erhöhen und Leistungen überprüfen – Diese 3 Massnahmen zusammen ergeben ein ausgewogenes Gesamtpaket! Damit wollen wir unsere Finanzen wieder ins Gleichgewicht bringen und die gegenwärtigen Aufgaben der Stadt Uster nicht von kommenden Generationen finanzieren lassen!

Die FDP/CVP-Fraktion beantragt:

Kürzung des Globalkredits von CHF 138,348 Mio. um 1 %

Präsidentin Karin Niedermann (SP) teilt mit, dass *die FDP/CVP-Fraktion mit einer einzigen Abstimmung einverstanden ist, weil sie bei allen GF sparen und nicht einzelne herauspicken wolle. Ich frage den Gemeinderat an, ob er mit diesem Vorgehen einverstanden ist. Falls ja, stimmen wir sofort ab. Falls nein, wäre bei jedem GF einzeln die Abstimmung durchzuführen. Wenn jetzt kein anderer Antrag gestellt wird, sind Sie mit dem Vorgehen einverstanden, dass wir nur eine einzige Abstimmung durchführen. Ich stelle fest, dass der Rat mit einer einzigen Abstimmung einverstanden ist.*

Der Antrag wird mit 16:19 Stimmen a b g e l e h n t .

2. Geschäftsbericht Gemeinderat (Parlament)

Für die Geschäftsleitung (GL) referiert **Präsidentin Karin Niedermann** (SP), darum übernimmt die 1. Vizepräsidentin, Anita Borer (SVP), den Vorsitz: *Das Budget 2021 für den Gemeinderat trägt der Tatsache Rechnung, dass Rats- und Kommissionssitzungen länger dauern, was sich insbesondere auf das Konto 300000 Vergütungen Behörden und Kommissionen auswirkt. Zudem hat die Geschäftsleitung für unser Personal Stufenanpassungen vorgenommen. Die Geschäftsleitung hat am 6. Mai 2020 das Budget 2021 einstimmig genehmigt und am 25. November 2020 vorgemerkt, dass der Umbau des Stadthauses sich für unseren Parlamentsdienst bis voraussichtlich 2022 verzögern wird. Entsprechend werden wir ins Budget 2022 den Betrag von CHF 20'000 (bisher im Budget 2020 eingestellt) erneut ins Konto 311000 Anschaffung Büromöbel und -geräte aufzunehmen haben.*

Vizepräsidentin Anita Borer (SVP): *Danke, liebe Karin Niedermann, ich gebe meinen Vorsitz wieder zurück.*

3. Geschäftsbericht Stadtrat

GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert **Hans Denzler** (SVP): *Die schriftlich gestellten Fragen sind von Stadtschreiber Pascal Sidler und Stadtpräsidentin Barbara Thalmann ausführlich beantwortet worden.*

Am 30 Oktober 2020 sind wir die schriftlichen, wie auch noch zusätzliche Fragen per Videokonferenz durchgegangen.

Die gesamte Abweichung vom BU 20 Fr. 3'799'000 zu BU 21 Fr4'051'000 beträgt 6,6% oder Fr. 253'000.

Was führt zu einem höheren BU 21?

- *zu hoch budgetierte Erlöse Materialverwaltung (Fr. 100'000)*
- *Befristete Stelle genehmigt (Fr. 120'000)*
- *Höhere Abschreibungen (Fr. 24'000)*
- *Kleinere Abweichungen über alle LG (Fr. 9'000)*

In absehbarer Zeit muss im GF Steuerung und Führung mit mehr Ausgaben gerechnet werden, aufgrund der Digitalisierung. Was sich langfristig aber sicher wieder auszahlt über eine Produktivitätssteigerung. In der „Strategie Uster 2030“ sind im GF Steuerung und Führung noch sechs Projekte umzusetzen.

- *Einsatz CMIAXIOMA*
- *Prozessorientierte Organisation*
- *Change Management*
- *Gemeindeordnung*
- *Risikomanagement*
- *Betriebliches Gesundheitsmanagement SIBE*

Das letztere ist in zwei Aufgaben eingeteilt

- *Gesundheitsmanagement*
 - *Ziel die Belastungen der Beschäftigten zu optimieren, auf der anderen Seite Produktivität eines Unternehmens zu erhöhen.*
- *Sicherheitsbeauftragte.*
 - *Beschäftigt ein Betrieb mehr als 10 Mitarbeiter, muss ein Sicherheitssystem angewendet und eine Sicherheitsorganisation aufgebaut werden.*

Ein Antrag, der über das ganze GF Steuerung und Führung eine generelle Kürzung um 5% im BU verlangt, ist mit 3:6 Stimmen abgelehnt worden.

Über die Leistungsmotion 569/2020 ist in der KÖS rege diskutiert worden. Einerseits ist allen klar, dass es der richtige Weg in die Zukunft ist, eine transparente Verwaltung mit breit zugänglichen standardisierten Daten zu fördern. Andererseits ist das Ganze nicht gratis zu haben – einmaliger Kredit Fr. 25'000, zusätzlich wiederkehrender Kredit von Fr. 30'000.

Auf Grund der aktuellen Finanzlage der Stadt Uster, die sich in absehbarer Zeit nicht so schnell erholen wird, erachtet es die KÖS nicht als sehr dringlich. Das Thema ist aber sicher weiter zu verfolgen als Teil der städtischen Digitalstrategie. Die KÖS lehnt die Leistungsmotion mit 6:3 Stimmen ab. Das GF Steuerung und Führung wurde von der KÖS mit 6:3 Stimmen angenommen.

Die RPK beantragt:

LG HRM/Personaldienst

Kürzung um CHF 140'000 über alle GF

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti** (SP): *Dieser Antrag gab in der Fraktion heftig zu diskutieren. Sind doch Personalfragen für die SP ein Kernthema. Und doch wird ein Teil der Fraktion diesem Antrag zustimmen. Ganz kurz möchte ich erläutern, was die Gründe dafür sind:*

Die Mitarbeitenden der Verwaltung haben auch dieses Jahr einen guten Job gemacht. Das möchten wir honorieren. Und eine Honorierung von 0,4 % in der heutigen Zeit ist eine wertschätzende Geste an die Mitarbeitenden, vor allen wenn man auch die Teuerung 0.7 % miteinbezieht. In dem Sinn ist es insgesamt betrachtet nicht eine Kürzung von 0,2 % sondern eine Erhöhung von 0,4 % also eine gewisse Zurückhaltung bei der Lohnentwicklung in diesen wirtschaftlich unsicheren Zeiten.

Der Antrag wird mit 32:0 Stimmen angenommen.

Die Leistungsmotion 569/2020 wird beraten (vergleiche Seite 997).

GF Präsidiales

Für die KÖS referiert **Natalie Lengacher** (Grüne): *Bericht der KÖS-Subkommission: Mary Rauber, Hans Denzler, Natalie Lengacher. Die Subkommission traf sich am 30. Oktober 2020 mit Barbara Thalmann (Stadtpräsidentin) und dem Abteilungsleiter GF Präsidiales Christian Zwinggi.*

Das Globalbudget 2021 für das GF Präsidiales liegt bei 1'087'000 Franken (Abschreibungen Fr. 0) und 37'000 Franken über dem Vorjahresbudget bei gleichbleibenden Stellen.

Öffentlichkeitsarbeit: Die Organisation der Kantonsratspräsidiumsfeier im Jahr 2021 führt zu einer Erhöhung des Jahresbudgets (nur 2021). Weiteren Veranstaltungen sind: Neujahrsapéro, Stadtrat im Dialog sowie der Neuzuzüger-Empfang. Das Ziel ist es, in Zukunft die digitalen Kommunikationskanäle (z. B. soziale Medien wie Twitter, facebook) weiterzuentwickeln. Der zentrale Kommunikationskanal der Stadt Uster bildet aber weiterhin die «Website».

Standortförderung: Ein Schwerpunkt wird auf die Belebung des öffentlichen Raumes im Stadtzentrum gelegt. Die Mitarbeit im Verein «Herzkern» bleibt ein zentrales Projekt der Standortförderung. Herzkern funktioniert dank einer engen Zusammenarbeit zwischen Privaten und der Stadt. Bei der LG Standortförderung führen die Delegation der Sportveranstaltungen (Greifensee-Lauf, Pferdesporttage) an das GF Sport zu einer Reduktion des Jahresbudgets.

Investitionsplanung: Budgetiert sind für 2021 Investitionen von 170'000 Franken für das Corporate Design der Stadt Uster. Das aktuelle CD stammt aus dem Jahr 2004 und wurde 2009 mit dem «Claim» der Dualstrategie (Wohnstadt am Wasser) ergänzt. Es harmoniert nicht mehr mit der seit 2019 geltenden „Strategie Uster 2030“. Die Studie kam zum Schluss, dass Usters Potenzial weit grösser ist und in der Kommunikation nicht genutzt wird.

Anträge: Das Geschäftsfeld wird mit 6:3 Stimmen angenommen. Antrag pauschale Kürzung GF um 5 % mit 3:6 Stimmen abgelehnt. Investitionen: Der Antrag Weiterentwicklung CD (Seite C/2) CHF 170'000 streichen, wird mit 7:2 Stimmen angenommen.

Die KÖS und die RPK beantragen:

Investitionen

Nr. 1 Weiterentwicklung CD (Seite C/2)

CHF 170'00 streichen

Der Antrag wird mit 35:0 Stimmen angenommen.

GF Gesellschaft

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert **Barbara Keel** (SVP): *Das GF Gesellschaft beantragt für das Jahr 2021 einen Globalkredit von Total CHF 4.644 Mio. inkl. Abschreibungen und liegt CHF 111'000 über dem Vorjahresbudget (2020) (Exkl. Abschreibung liegt das Geschäftsfeld 36'000 über dem Vorjahr).*

Die Budgeterhöhung erfolgt aufgrund folgender Positionen: Bibliothek Nänikon mit CHF 35'000 (GR Beschluss), sowie zusätzliche CHF 100'000 für die frühe Förderung. Hierfür soll das Familienzentrum zu einem Zentrum der frühen Kindheit weiterentwickelt werden, was eine Verdoppelung des Betrages mit sich bringt. Da diese Erhöhung mehrjährig geplant ist, wird der SR dem GR eine entsprechende Weisung unterbreiten. Ziel dieser Massnahme ist es, dass diese Investitionen in die frühe Förderung zu einer Entlastung der Integrationskosten bei den Abteilungen Bildung und Soziales führen soll.

Dem gegenüber stehen die Kürzungen: CHF 30'000 Einsparung frjz sowie CHF 20'000 für die lineare Kürzung von 1% gemäss Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2020.

Bei den Stellenprozenten ist der Rückzug der Gemeinde Greifensee bei der Jugendarbeit noch nicht berücksichtigt. Korrekt sind demnach 3.6 beziehungsweise total 18.8 Stellenprozente. Die Erhöhung ist auf die Integration der Jugendarbeiter in die Stadtverwaltung zurückzuführen, welche aber kostenneutral erfolgt. Die +80% für die Koordinationsstelle Inklusion, ist nach wie vor bis 2021 befristet.

Die Investitionsplanung setzt sich wie folgt zusammen

- 65'000 Sanierung Beleuchtung Stadtbibliothek Etappe 2
- 300'000 Projektierung Kultur- & Begegnungszentrum Zeughaus
- 70'000 Trafostation Zeughausareal
- 100'000 Projektierung Provisorium Central

Die Indikatoren Budget wurde nicht der Covid 19 Situation angepasst, da sich die Situation im Juni 2020 für 2021 noch nicht voraussehen. Wie der Bund, der Kanton oder die städtische Finanzplanung wurden die Vorjahrswerte übernommen.

In der KBK wurden zwei Kürzungsanträge gestellt. An der GR Sitzung vom 2. Dezember 2019 wurde die Erhöhung des Globalkredits um CHF 40'000 für die drei Institutionen «Graphos Buchdruckmuseum», «Swissjazzorama» und «Unteroffiziersmuseum» beschlossen. Da zwei der drei Museen nicht mehr Mieter im Zeughausareal sind, sei das Budget um CHF 40'000 zu kürzen. Der Antrag wurde in der KBK mit 9:0 und in der RPK mit 8:1 Stimmen angenommen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Barbara Keel** (SVP): *Wie bereits in der KBK und RPK stellen wir den Kürzungsantrag um die CHF 100'000 für die frühe Förderung im Globalkredit des GF Gesellschaft.*

Bisher sind CHF 100'000 im Globalkredit für die frühe Förderung enthalten. Nun möchte das GF Gesellschaft ohne Stadtrat und Gemeinderat einen Sachentscheid vorzulegen das Budget für diese Position auf CHF 200'000 verdoppeln. Die Weisung kommt voraussichtlich erst im Frühling / Sommer 2021 in den Rat.

Was uns daran stört: Im vorliegendem Leistungsauftrag / Globalbudget 2022 ist dieser wiederkehrende Kredit so nicht ausgewiesen. Erst auf Anfrage in der Subkommission wurde uns die Details dazu genannt. Wir lehnen die Idee nicht grundsätzlich ab, jedoch muss dem Gemeinderat für eine seriöse Budgetierung alle Details bekannt sein und es stellt sich auch die Frage ist jetzt der richtige Zeitpunkt für eine solche Verdoppelung der Kosten.

Uns wurde begründet, dass diese Investition zu einer Entlastung der Integrationskosten bei der Abteilung Bildung führt. Mit der uns genannten Begründung wäre zudem das Budget der Abteilung Bildung zu kürzen. Sonst hat das Vorhaben keinen Mehrwert.

Die KBK beantragt:

LG Kultur

Kürzung des Globalkredits um CHF 40'000

Der Antrag wird mit 35:0 Stimmen angenommen.

Barbara Keel (SVP) beantragt:

LG Kindheit, Jugend und Inklusion

Kürzung des Globalkredits um CHF 100'000 für die frühe Förderung

Der Antrag wird mit 9:24 Stimmen **a b g e l e h n t .**

GF Finanzen

Für die KÖS referiert **Christoph Keller** (SVP): *Wie folgt berichte ich Ihnen über die wichtigsten Punkte aus dem Budget 2021 zum GF Finanzen*

Der budgetierte Globalkredit für das Geschäftsfeld Finanzen beträgt für das Jahr 2021 CHF 1.337 Millionen nach Abschreibungen.

Gegenüber dem Budget 2020 nimmt der Globalkredit um CHF 32'000.- zu.

In der Leistungsgruppe Finanz- und Rechnungswesen wird per 01.01.2021 die Buchhaltung des Vereins Also! in die Stadt integriert.

In der Leistungsgruppe Informatik steht mit der Microsoft 365 Cloud Initiative ein grosses Projekt an.

Die budgetierte Anzahl Stellen im Geschäftsfeld Finanzen bleiben unverändert.

In der Investitionsplanung 2021 sind CHF 500'000 für Erneuerungsinvestitionen in der Informatik sowie CHF 440'000 für das Datacenter an der Dammstrasse eingestellt.

Die KÖS und auch die RPK empfehlen den Globalkredit im Geschäftsfeld Finanzen zur Annahme.

GF Liegenschaften

Für die KÖS referiert **Monika Fitze** (SP): *Der Austausch mit der Verwaltung und dem zuständigen Stadtrat war bestens vorbereitet und informativ. Vielen Dank an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit. Zum Geschäftsfeld Liegenschaften vorab einige Eckpfeiler oder wichtige Ereignisse, bevor auf die beiden Änderungsanträge zum Budget eingegangen wird.*

Der Anteil dieses Geschäftsfeldes am Globalkredit beträgt rund 10%.

Die Abweichung vom Budget 2020 beträgt rund 900 000 Franken und kommt wegen Abschreibungen zustande.

Die Stadt Uster erhielt 2016 zum ersten Mal den «European Energy Award Gold». Vergangenen Frühling hat der Stadtrat bei der „Label“-kommission Antrag auf Verlängerung gestellt. Das hat zur Folge, dass ab dem Jahr 2021 der aktuelle Gebäudestandard 2019 für alle Bauten und Sanierungen zur Anwendung kommt. Bei den geplanten städtischen Projekten wird überprüft, ob und wie ein umweltgerechter Energieverbrauch erreicht werden kann oder ob allenfalls auf erneuerbare Energie gewechselt werden kann. Dies gilt auch für Bauten im Baurecht oder bei Landverkäufen.

Zum Stand der Dinge in der «Unteren Farb» wurde darüber informiert, dass der Projektierungskredit bis Ende 2020 beantragt sein wird.

In der LG Schulliegenschaften wurde über die Schulhaus-Spieplätze diskutiert. Es wird mit einem erhöhten laufenden Unterhalt gerechnet. Die angestrebte Strategie sieht vor, dass vorwiegend natürliche Fallschutzbeläge verwendet werden und auch die Spielgeräte aus Holz sein sollen.

In diesem Geschäftsfeld sind zwei Anträge gestellt.

Erster Antrag: Es soll eine pauschale Kürzung von 5% vor Abschreibung über das gesamte Geschäftsfeld vorgenommen werden. Welche Schwerpunkte bei den Einsparungen gesetzt werden sollen, wird der Exekutive überlassen. Dies mit der Begründung, dass der Gemeinderat das Geschäftsfeld nicht in der Tiefe verstehen könne und deshalb ausdifferenzierte Sparvorschläge von Seiten des Parlamentes der Komplexität nicht gerecht werde.

In der KÖS wurde der Antrag mit 5:4 angenommen.

Zweiter Antrag: Im Investitionskredit sollen für die Sanierung der «Unteren Farb» 100 000 Franken herausgestrichen werden. Damit soll auf die Investition nicht gänzlich verzichtet werden, sondern diese lediglich nach hinten geschoben werden.

Der Antrag wurde in der KÖS mit 6:3 angenommen.

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung: *Ich erlaube mir, hier zu den Anträgen Stellung zu nehmen, nachdem ich in der Kommissionssitzung keine Gelegenheit erhalten hatte, etwas dazu zu sagen. Zu den pauschalen Kürzungsanträgen: Der Stadtrat lehnt die Anträge ab.*

Ob 5% oder 1 %, beide Kürzungsanträge haben das grundsätzliche Problem, dass sie nicht bezeichnen, wo gekürzt werden soll und wie diese Kürzung sich auf die Erreichung der verschiedenen Wirkungs- und Leistungsziele, Leistungen und Indikatoren beziehen, die der Gemeinderat beschliesst und diesem GF damit vorgibt. Das NPM-System, wie es der Gemeinderat seit Jahren praktiziert, arbeitet mit klaren Zielvorgaben, für die entsprechende Kredite gesprochen werden. Pauschale Kürzungen ohne Veränderungen der Leistung sind in diesem System fremd. Es wäre die Aufgabe des Gemeinderates zu sagen, welche Ziele und Leistungen angepasst werden sollen, damit weniger Mittel verbraucht werden.

Nun kann man natürlich argumentieren, dass man eben mit einfach mit weniger Mitteln die gleichen Leistungen erbringen soll. Das kann man allenfalls bei 1% noch sagen, auch wenn der Stadtrat festhält, dass es auch hier Hinweise geben sollte, welche Leistungen denn allenfalls etwas weniger erbracht werden sollten. Bei 5% ist das aber einfach unrealistisch. Dass zudem nur in einem einzigen GF 5% gekürzt werden soll, erscheint willkürlich.

Nach den Sitzungen habe ich dann auf persönliche Nachfrage bei einzelnen Gemeinderäten gehört, das GF Liegenschaften habe ja sowieso sehr viel Personal, da könne man schon noch etwas sparen. Meine Damen und Herren: Der grösste Teil des Personals sind unsere Schulhausabwarte! Sie leisten eine solide Arbeit, auch wenn sie immer wieder auch mal angefeindet oder runtergemacht werden. Uster wächst, wir haben mehr Schüler, wir haben mehr Schulraum, das führt zu höheren Kosten nicht nur bei den Lehrerlöhnen, sondern natürlich auch bei den Schulliegenschaften!

Dazu kommt: Gerade bei den Liegenschaften fallen natürlich auch die grössten Abschreibungen an! Das macht gerade in diesem GF sehr viel aus. Wir müssten, um diese Abschreibungen zu reduzieren, auf Investitionen verzichten – aber wo?

Kürzungen im Umfang von 5 % haben massive Auswirkungen auf den Leistungsauftrag, so könnten in der LG Baumanagement die Indikatoren I01 und I02 nicht eingehalten werden, es käme zu Verzögerungen respektive es müsste auf geplante Investitionsprojekte verzichtet werden. In der Immobilienbewirtschaftung und bei den Schulliegenschaften müsste sicher eine Reduktion des Unterhalts vorgenommen werden, die Erreichung des Gebäudestandards 2019 mit seinen ökologisch sinnvollen Massnahmen könnte gefährdet sein. Um es nochmals deutlich zu sagen, eine Kürzung von 5 Prozent kann nicht einfach bei gleichbleibendem Leistungsauftrag umgesetzt werden. Eine solche Kürzung hätte massive Auswirkungen auf die Leistungserbringung und auf das Personal des GF Liegenschaften.

Zu den Kürzungsanträgen im Investitionsbudget:

CHF 100'000 Untere Farb: Der Stadtrat lehnt den Antrag ab. Die Untere Farb ist ein laufendes Projekt, das auf einem durch das Volk zweimal gutgeheissenen öffentlicher Gestaltungsplan beruht. Der Gemeinderat hat letztes Jahr 250'000 CHF im Investitionsbudget bewilligt und der Stadtrat hat auf dieser Grundlage den Projektierungskredit gesprochen. Wenn das Projekt ausgearbeitet ist, wird Stadtpräsidentin Barbara Thalmann als Präsidentin der Baukommission hier in diesem Rat den Baukredit vorlegen. Der Gemeinderat wird dann Gelegenheit haben, über das weitere Vorgehen zu beschliessen.

CHF 50'000 Stadthausplatz: Der Stadtrat lehnt den Antrag ab. Das Projekt zielt auf die Erneuerung des Stadthausplatzes und seines ursprünglichen Zustandes nach den Plänen von Bruno Giacometti. Zudem kann der Platz im Zuge der Aufhebung der Bushaltestelle an der Bahnhofstrasse erweitert und damit noch attraktiver gemacht werden.

Zusammengefasst: Das GF Liegenschaften leistet (seit September neu unter der Leitung von Karin Reifler) eine grosse und gute Arbeit im Dienste der ganzen Stadt, insbesondere aber auch der Schule. Zudem erhalten gerade bei kleineren und mittleren Bauarbeiten regelmässig Ustermer Betriebe Aufträge, wir unterstützen damit das lokale Gewerbe. Ich bitte Sie, hier nicht einfach willkürlich zu streichen.

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder** (SP): *Normalerweise sind wir in der SP-Fraktion bezüglich Budget-Anträgen der Meinung, dass diese einerseits in der Sachkommission zumindest in Anwesenheit des zuständigen Stadtratsmitglieds dem Thema nach angesprochen worden sein sollten, und andererseits eine Kürzung nicht einfach pauschal verlangt werden sollte. Beide Kriterien sind beim vorliegenden Antrag der KÖS auf Kürzung des Globalkredits um 5 % nicht erfüllt. Und aus persönlicher Sicht als KÖS-Mitglied muss ich anmerken, dass es mich schmerzt, dass es mit dem GF Liegenschaften nun ein meines Erachtens in den letzten Jahren wirklich gut arbeitendes Geschäftsfeld auf diese Weise treffen soll. "Normalerweise" gilt in normalen Zeiten. Niemand wird bestreiten, dass von Normalität im Jahr 2020 und wohl auch noch während zumindest eines grossen Teils des Jahres 2021 keine Rede sein kann. Und ausserordentliche Zeiten erfordern manchmal unkonventionelle Lösungswege.*

Dass wir heute Abend mit vernünftigen Änderungen bezüglich Ausgaben wie auch Einnahmen zu keinem vollkommen ausgeglichenen Budget kommen werden, liegt auf der Hand. Wichtig ist aber gerade auch, dass wir den Blick auf die mittel- und langfristige Finanzsituation der Stadt nicht aus den Augen verlieren. Und dort – wir haben es schon unzählige Male dargelegt – liegt eine chronische Unterfinanzierung vor. Es gilt daher für so manche hier im Saal, über den eigenen Schatten zu springen und bisweilen Anträgen zuzustimmen, denen man sonst niemals zustimmen würde. Von unserer Seite her geschieht dies in einigen Punkten, die uns wehtun. In einigen anderen Punkten – insbesondere bezüglich Investitionen, die einfach nur um ein Jahr hinausgeschoben werden – haben die Anträge auch nur auf das kommende Jahr Auswirkungen und entlasten die Stadt insgesamt betrachtet eigentlich nicht. Der vorliegende Antrag bringt – falls er denn auch so wird umgesetzt werden können – effektive Einsparungen um 393'000 Franken, da er den Globalkredit betrifft. Wir stimmen dem Antrag auf Kürzung des Globalbudgets im Geschäftsfeld Liegenschaften um pauschal 5 % daher mehrheitlich zu oder enthalten uns.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ivo Koller** (Grünliberale): *Gleich wie in den Vorjahren existiert bei der SVP weiterhin die Ansicht, im Budget sei so viel Luft vorhanden, dass wir ohne Leistungsabbau 5 % kürzen könnten. Dies notabene nachdem die Stadt eine Leistungsüberprüfung durchgeführt hat und die seither neu hinzugekommenen Aufwendungen stets erklärt worden sind. Diese 5 % Anträge zeigen eine Grundsatzdiskussion, ob wir mit Indikatoren steuern, so wie dies NPM auch vorsieht, oder einfach pauschal Kürzen, ohne die zu streichenden Leistungen auch zu bezeichnen. Wir stehen den Pauschalkürzungen skeptisch gegenüber und befürworten das Steuern über Leistungen. Das ist nicht einfach und tut manchmal auch weh, ist aber seriös. Kürzungen mit dem Rasenmäher über alles sind für uns ohne Leistungsabbau vorderhand nicht vorstellbar. Nachdem in der KÖS der 5 Prozent-Antrag im GF Liegenschaften eine Mehrheit gefunden hat, sind wir aufgrund der angespannten Finanzsituation bereit diesen Versuch einer Pauschalkürzung einmalig einzugehen, obwohl wir denken eine Leistungsmotion wäre hier das richtige Mittel gewesen. Das Geschäftsfeld Liegenschaften scheint uns ein geeignetes Umfeld zu bieten, um diese Kürzung seriös zu prüfen. Es ist ein grosses Geschäftsfeld, welche Kürzungen eher ausgleichen können sollte und weist einen grossen Personalkörper auf. Ebenfalls wären davon nicht grössere Projekte betroffen.*

Die Zustimmung zu diesem Antrag geht jedoch mit der Ansicht einher, dass wir einen Leistungsabbau ablehnen. Die Verantwortlichen sind jedoch angehalten diesen Antrag bestmöglich umzusetzen. Sollten wir anlässlich der Hochrechnung in einem Jahr oder spätestens mit dem Rechnungsschluss feststellen, dass diese Kürzungen ohne Leistungsabbau nicht möglich gewesen sind, hoffen wir bei künftigen Budgetbesprechungen auf ein Einsehen, dass mit pauschalen Kürzungen nichts zu erreichen ist.

Die KÖS beantragt:

Pauschale Kürzung um 5 %.

Die RPK lehnt den Antrag der KÖS ab.

Der Antrag wird mit 25:6 Stimmen angenommen.

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann** (SP): *Im 2017 59 % und im 2019 72 % JA. Das waren die Abstimmungsergebnisse zum Gestaltungsplan Untere Farb. Der Volkswillen ist eigentlich klar.*

Zusammen mit der gesamten finanziellen Situation der Stadt und dem aktuellen Stand des Zeughausareals ist es richtig, wenn man die Perlenkette der Investitionen und der dazu nötigen „Manpower“ nochmals gut anschaut und die Kräfte bündelt. Mit der Streichung dieser Investition aus dem Budget 2021 erhält man die Gelegenheit dazu. Vor allem aber kann volle Kraft aufs Zeughausareal gelegt werden, wo wir wohl Geld sparen, wenn wir richtig vorwärts machen.

Es wird Sie aber nicht wundern, wenn meine erhobene Hand zur Zustimmung dieser Streichung fast abfaul. (Heiterkeit im Saal)

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ivo Koller** (Grünliberale): *Volle Kraft voraus für das Grossprojekt Zeughausareal. Wir sind der Ansicht, dass dort die Ressourcen und damit sind auch die finanziellen gemeint, am richtigen Ort eingesetzt werden. Im Gegensatz zum Stadtrat erachten wir die untere Farb derzeit nicht als prioritär und auch nicht finanzierbar. Die gebundenen Ausgaben in der unteren Farb wurden getätigt, das heisst das Dach, die Elektroanlagen und weiteres wurden erneuert, weshalb vorderhand keine dringenden Investitionen mehr notwendig sind. Das Vorprojekt kann getrost warten, die stadträtliche Weisung muss bei einer heutigen Annahme dieses Streichungs-Antrages bis auf weiteres nicht mehr dem Gemeinderat zugestellt werden.*

Das Archiv ist zu unserem Leidwesen explizit im Gestaltungsplan erwähnt. Aber wir sagen es trotzdem nochmals laut und deutlich, das Besucheraufkommen von zwei/drei Personen pro Tag rechtfertigt keine Investitionen von 8 Mio. Franken, zumindest sicher nicht in der heutigen Zeit. Wer etwas gegen den Schuldenberg tun will, kann hier anfangen, bei der unnötigsten aller Investition.

Die KÖS und die RPK beantragen:

Investitionen

Nr. 44 „Untere Farb“, Gesamtsanierung/Einbau Archiv

CHF 100'000 streichen

Der Antrag wird mit 27:6 Stimmen angenommen.

Die RPK beantragt:

Investitionen

Nr. 42 Sanierung Stadthausplatz

CHF 50'000 streichen

Der Antrag wird mit 33:1 Stimmen angenommen.

Der Rat ist mit offensichtlicher Mehrheit damit einverstanden, dass Ursula Räuftlin (Grünliberale) auf die „Untere Farb“ zurückkommen darf.

Ursula Räuftlin (Grünliberale): *Zu Unteren Farb möchte ich noch eine Anmerkung im Sinne einer Schelte an den Stadtrat anbringen. Ich finde es ausserordentlich störend, dass der Stadtrat lediglich einen Tag, nachdem die RPK den von der KÖS zuvor schon gutgeheissenen Antrag für die Streichung der Investition «Untere Farb» ebenfalls bestätigt hat, an seiner Sitzung vom 24. November 2020 den Beschluss 468 für die Projektierung der Gesamtsanierung und den Einbau Archiv gefasst hat. Damit hat er einen Kredit über Fr. 246'000 Franken für eine Investition gefasst, die gemäss Willen des Gemeinderates zeitlich nach hinten verschoben werden soll. Besonders störend ist auch hier wieder einmal mehr, dass der Kredit nur äusserst knapp unter der finanziellen Kompetenz des Stadtrates von Fr. 250'000 liegt.*

Stadtrat Dr. Cla Reto Famos: *Ich wiederhole gerne nochmals, was ich im Referat vorhin gesagt habe. Der Gemeinderat hat letztes Jahr CHF 250'000 an Investitionen für 2020 gesprochen. Auf dieser Grundlage hat der Stadtrat die Planung weiter vorangetrieben, d. h. entsprechend dem Budget 2020, wie es vom Gemeinderat beschlossen worden ist. Diese zeitliche Überschneidung ist reiner Zufall. Darauf möchte ich hingewiesen haben.*

Pause von 19:53 Uhr bis 20:20 Uhr

GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Peter Mathis-Jäggi** (SP): *Mit 4,8 Mio., mit Abschreibungen 8,06 Mio. knapp 1,2% Mehraufwand bewegt sich das Budget im Rahmen des Vorjahres.*

Generell - 5% Einsparungen sind kaum möglich ohne klaren Leistungsabbau. Das richtige Mittel hierfür wäre die Leistungsmotion durch den Gemeinderat.

Strassenfonds Kanton – Nicht relevant im 2021. Einnahmen aus dem Fond sind zweckgebunden. Verordnung und Ausführungen dazu sind jedoch noch unklar.

G1 - Koordination mit Energie Uster AG und anderen Bauherren: Grundsätzlich versucht man dies zu machen. Die Abläufe in der Bauvorbereitung sind unterschiedlich und daher nicht zeitgleich. Da kann es passieren, dass eine Koordination scheitert.

G3 - Zusätzliche Stelle Strasseninspektorat – Die Arbeit im schriftlichen Bereich überbietet, die Ressourcen sind völlig ausgelastet und die Stellvertretung des Strasseninspektors ist nicht gewährleistet. Die Stelle ist zuständig für den Aufbau des digitalen Anlagemanagements. Für KPB ist das okay so.

G2 – Ersatzbeschaffung – Für das Ersatz-Fahrzeug wird ein Elektroantrieb geprüft.

G10 / K7 - Werterhaltung Stadtentwässerung– Die geplanten Investitionen, schon länger geplant und zeitlich aufgeteilt, haben kaum Einfluss auf die Gebühren.

G11 / K1 - ARA-Wiederbeschaffungswert – Dieser verändert sich nur bei grösseren Investitionen (>5 Mio.).

G11 – Greifensee-Zustand – Mässig, da Phosphor-Eintrag immer noch zu hoch, Sauerstoffsättigung immer noch ungenügend. Daher ist die Sanierung der Siedlungsentwässerungen zwingend weiterzuführen. Das heisst die Bioreinigung vorantreiben.

76 / 133 - Investitionsplanung – Verschiedene Strassen sind teilweise schon aus finanztechnischen Gründen nach hinten verschoben worden. Die notwendigen Arbeiten sind budgetiert.

203 –208 - Investitionen ARA – Diese sind bereits in einem „vernünftigen Rahmen“ geplant. Die Projektleitung über die ganze Zeit soll nicht aufgeteilt werden, was Kosten spart. Grösserer Posten gemäss Umweltvorschriften: Bioreinigung.

Kurz und bündig: KPB hat dem Geschäftsfeld einstimmig zugesagt.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): *Für die neue Stelle des Stellvertreters des Strasseninspektors im GF Infrastrukturbau und Unterhalt wurden 80'000 Franken im Budget eingestellt. Wir anerkennen zwar, dass der Strasseninspektor seit langem stark überlastet ist. Angesichts des sich abzeichnenden Defizits hat der Stadtrat in den übrigen Leistungsgruppen weitgehend auf einen Stellenausbau verzichtet und das Budget eingefroren. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass einzig in dieser Leistungsgruppe eine Ausnahme gemacht und eine zusätzliche Vollzeitstelle bewilligt werden soll. Um der Überlastung des Strasseninspektors entgegenzuwirken, soll im Budget nur der Betrag einer 50%-Stelle eingestellt werden. Somit wird das Budget um 40'000 Franken entlastet.*

*Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: Ich bitte selbstverständlich um Ablehnung dieses Antrags. Wir haben in der zuständigen Sachkommission, der KPB, darlegen dürfen, aus welchen Gründen es diese Stelle braucht. Es geht um Aufgaben, die sie inskünftig übernehmen soll, aus welchen Gründen es diese zusätzliche Stelle braucht, dass mit dieser Stelle eine chronische Überlastung in dieser Leistungsgruppe behoben werden soll, weil im vergangenen Jahr immer wieder neue Aufgaben dazugekommen sind, auch höhere Anforderungen an Dokumentationen usw. gestellt worden sind und dass wir es bisher unterlassen haben, darauf ressourcenmässig angemessen zu reagieren.*

Wir haben in der KPB darauf hingewiesen, dass mit dieser Stelle auch endlich eine saubere Stellvertretungsregelung installiert werden könne, die es bisher noch nie gegeben hat, notabene in der grössten Arbeitsgruppe meiner Abteilung. Und wir haben darauf hingewiesen, dass der Stadtrat in dieser Budgetrunde von seiner Kompetenz zur Stellenschaffung nur zurückhaltend Gebrauch gemacht habe, dass er nur diejenigen Stellen bewilligt habe, die wirklich notwendig seien.

Das alles haben wir in der Sachkommission, die sich – wie deren Name es bereits sagt – mit der Sache auseinandersetzt, dargelegt. Und unsere Darlegungen haben offensichtlich überzeugt: Ein Antrag ist dort nicht gestellt und das Geschäftsfeld einstimmig genehmigt worden.

Ich bin darum etwas überrascht gewesen, dass dann in der RPK und jetzt im Gemeinderat ein Kürzungsantrag gestellt worden ist nach dem Motto. „Ich habe zwar keine Ahnung wie, aber das muss auch mit einer halben Stelle gehen.“ Mit Verlaub: Das ist nicht seriös! Sie können mir glauben, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, wenn eine halbe Stelle dafür ausreichen würde, dann hätten wir auch nur eine halbe Stelle beantragt.

Wie gesagt: Wir haben es hier mit einer chronischen Überlastung zu tun, der wir ehrlicherweise bereits lange hätten beseitigen müssen. Ich meine, insbesondere wir als Stadtrat, aber auch Sie als Gemeinderat haben bei solchen Situationen auch so etwas wie eine Fürsorgepflicht gegenüber unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und darauf zu reagieren.

Die Kompetenz zur Schaffung neuer Stellen – das wissen Sie – liegt gemäss Gemeindeordnung in der abschliessenden Kompetenz des Stadtrats. Der Stadtrat hat die Stelle bewilligt und er hat nicht eine halbe Stelle, er hat eine ganze Stelle bewilligt. Diese Stelle steht jetzt so im Stellenplan. Gleichzeitig liegt die Budgethoheit aber natürlich bei Ihnen, auch das ist zu respektieren. Was würde es also bedeuten, wenn Sie nur die Hälfte der finanziellen Mittel für die vom Stadtrat bewilligte Stelle sprechen sollten?

Es würde bedeuten, dass wir in der Abteilung die Angelegenheit nochmals prüfen müssten. Das verlangt auch der Respekt vor dem Gemeinderat. Ich muss Ihnen allerdings sagen, dass ich eher skeptisch bin, dass wir eine andere Lösung finden, weil – wie gesagt – wir alle Optionen geprüft haben: Die organisatorischen Massnahmen und die administrativen Möglichkeiten sind ausgereizt. Und im Fall, dass wir zur Überzeugung gelangen sollten, dass es eben nicht anders geht, dann würde ich mir vorbehalten – nochmal Stichwort „Fürsorgepflicht“ – diese Stelle letztlich doch im vom Stadtrat bewilligten Umfang besetzen zu lassen und die fehlenden Mittel halt an einem anderen Ort im Globalbudget dieses Geschäftsfeld zu kompensieren. Ich bitte Sie nochmals: Lehnen Sie diesen Antrag ab!

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann (SP)**: *Die Überlegungen des Stadtrates, wir haben es von Stadtrat Stefan Feldmann gehört, die Stellvertretung des Strasseninspektorats richtig aufzustellen, ist nachvollziehbar. Die heutige Vertretungslösung im Kreuz über andere Leistungsgruppen ist suboptimal; ja bei einer solch grossen Organisationseinheit, wie das Strasseninspektorat eine ist, ist das eigentlich nicht wirklich vertretbar. Angesichts der finanziellen Situation erscheint es uns aber trotzdem angebracht, dass ein Teil dieser finanziellen Mehrbelastung kompensiert wird. Es ist im NPM-System ja so, dass der Stadtrat über die beste Lösung befinden kann.*

Patricio Frei (Grüne) beantragt:

LG Strasseninspektorat

Kürzung CHF 40'000 (= 50 % Entlastung Inspektorat)

Der Antrag wird mit 23:10 Stimmen angenommen.

GF Stadtraum und Natur

Für die KPB referiert **Ursula Räuftlin** (Grünliberale): *Das GF Stadtraum und Natur beantragt für das Jahr 2021 einen Globalkredit über CHF 5.629 Mio. exkl. Abschreibungen bzw. CHF 6.2 Mio. inkl. Abschreibungen. Dieser liegt um CHF 53'000 oder ca. 1 % unter dem budgetierten Betrag für das laufende Jahr, wie es als Vorgabe für alle Geschäftsfelder der Stadt Uster vom Stadtrat vorgegeben wurde. Auch der darin enthaltene Anteil des Globalkredits für den öffentlichen Verkehr soll sich im selben Rahmen reduzieren.*

Für Investitionen im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur sind CHF 2.72 Mio. vorgesehen. Darin enthalten sind neben den Hochwasserprojekten am Nänikerbach und am Riedikerbach weiterhin auch das Projekt Stadtraum 2035, das Bahnhofzentrum, das attraktive Stadtzentrum und das zweite Jahr des Versuchsbetriebs der Buslinie 818 enthalten. Zusätzlich tragen aber in diesem Geschäftsfeld vermehrt auch durch politische Vorstösse ausgelöste Projekte wie die Veloinitiative zu zusätzlichem Finanzbedarf bei.

Die beiden Gestaltungspläne Spital und «Park am Aabach» befinden sich aktuell immer noch in laufenden Rechtsmittelverfahren und konnten deshalb noch nicht rechtsgültig festgesetzt werden. Im Gebiet Eschenbühl läuft aktuell die 4. Vorprüfung beim Kanton. Am Bahnhof Uster sollen 60 zusätzliche Veloabstellplätze realisiert werden. Diese können am Standort beim P-R-Südwest (beim Coop) erstellt werden.

Im Jahr 2021 sollte das Wasserkraftwerk im Zellwegerareal einen normalen Ertrag erzeugen, was zu Mehreinnahmen bei den Entgelten in der LG Natur-, Land- und Forstwirtschaft im Umfang von Fr. 80'000 führen soll.

Zum Mehrwertausgleichsgesetz wurde vom Stadtrat kürzlich die Umsetzungsvorlage verabschiedet und wird vom 4. Dezember 2020 bis 2. Februar 2021 öffentlich aufgelegt und parallel dazu zur Vorprüfung eingereicht werden. Der Stadtrat sieht darin eine Abgabe von 40% bei Grundstücken von mehr als 1'200 m² vor. Die Vorlage wird nach uns nach der öffentlichen Auflage zur Beschlussfassung überweisen.

Gemäss Beschluss der KPB vom 18. November 2019 ist die Kennzahl K05 Grundstückgewinnsteuer weiterhin auszuweisen. Der Stadtrat wird gebeten, diese Zahl im Bericht zu ergänzen.

Coronabedingt dürften sich im Jahr 2020 die Kundenzahlen im öffentlichen Verkehr gegenüber dem Jahr 2019 um rund 30% reduziert haben. Welchen Einfluss dies auf die Kosten des öffentlichen Verkehrs in Uster in den folgenden Jahren haben wird, wird sich zeitlich verzögert zeigen.

In der KPB wurden zwei Anträge zu den Investitionen gestellt. Die Investition Nr. 230 Waldpark im Umfang von 50'000 sei zu streichen und die Investition Nr. 231 Fussgängerfreundliches Zentrum sei um Fr. 50'000 zu reduzieren auf neu Fr. 150'000. In der KPB wurden beide Anträge abgelehnt. In der RPK wurden beide Anträge erneut gestellt. Der Antrag Streichung der Investition Waldpark fand mit 5:4 Stimmen eine Mehrheit, weshalb in der heutigen Gemeinderatsitzung darüber abgestimmt wird.

Das GF gab in beiden Kommissionen zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes. Herzlichen Dank an Patrick Neuhaus und seine Mitarbeiter des Geschäftsfeldes

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Auch hier bitte ich Sie diesen Antrag abzulehnen. Der Hintergrund für diese Investitionen liegt ja im Stadtentwicklungskonzept (STEK) begründet. Dor haben wir im Kapitel „Landschaft“ festgehalten, dass wir der Qualität des Aufenthalts in den Stadtwäldern, insbesondere an den Waldrändern verbessern möchten. Das braucht Investitionen, zum Beispiel für eine Sitzbank hier oder dort, für sogenannte Trittsteine oder ähnliches. Das sind immer keine grossen Investitionen, aber doch solche, die für die Qualität durchaus wichtig sind.*

Ich weiss, es gibt auch kritische Stimmen zu dieser Zielsetzung. Das respektiere ich auch, aber wir sind davon überzeugt, dass wir mit wenigen kostengünstigen Investitionen da und dort für die Ustermer Bevölkerung recht viel herausholen können. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist in diesem Bereich sehr gut.

Ich bitte Sie auch namens des Stadtrates darum, diesen Antrag, der bereits in der KPB gestellt worden, dort aber mit 2:7 Stimmen keine Mehrheit erhalten hat, abzulehnen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Wir können die Kürzung zum Waldpark nicht unterstützen. Hier kann man mit relativ wenig Geld viel für die breite Bevölkerung tun. Wenn Sie in diesem Geschäftsfeld unbedingt kürzen wollen, dann stelle ich den Antrag um Kürzung der Investition Nr. 231 um 50'000 Franken. Dort kann man mit 150'000 Franken noch immer viele Massnahmen im Zentrum umsetzen. So haben wir den Fünfer und das Weggli. Wenn auch entweder ein etwas kleineres Weggli oder einen etwas weniger glänzenden Fünfer.*

Die RPK beantragt:

Investitionen

Nr. 230 Waldpark

CHF 50'000 streichen

Der Antrag wird mit 22:7 Stimmen angenommen.

Markus Ehrensperger (SVP) beantragt:

Investitionen

Nr. 231 Fussgängerfreundliches Zentrum

Reduktion auf CHF 150'000

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Auch hier bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wie der Waldpark vorhin ist das attraktive Zentrum eines der im STEK definierten Schlüsselprojekte für Uster.*

Wir alle – von links bis rechts – klagen bereits seit Jahren, ja seit Jahrzehnten über die unbefriedigende Situation im Zentrum: Völlig zurecht! Darum haben wir uns ja im STEK auch dazu bekannt, das Zentrum auf der Poststrasse, der Gerichtsstrasse und der Webernstrasse vom Autoverkehr zu befreien. Aber das Projekt „Attraktives Stadtzentrum“ geht übers rein Verkehrliche hinaus, hat viel mit Standortförderung, mit einem Laden-Mix im Zentrum zu tun. Man muss die Fragestellung umfassend angehen.

Wo stehen wir aktuell bei diesem Projekt? Der Stadtrat hat diesen Frühsommer das Projekt ausgelöst. Es gliedert sich in drei Phasen: In der ersten Phase sind wir daran, die Grundlagen aufzuarbeiten: Verkehrszählungen, Bewegungsmuster, Verkehrsgutachten, Bewertungen deren Auswirkungen, wenn wir diese oder jene Massnahmen treffen.

Es folgt dann Phase zwei, in der dann auf Grund dieser Erkenntnisse und der entwickelten Ideen mit Fachleuten und verschiedenen „Stakeholder“ – dem Gewerbe, der Standortförderung, dem Verein „Herzkern“, allfällig mit dem „Plan U“ – mögliche Massnahmen diskutiert werden. So ergibt sich dann, das ist das Ziel, eine Best-Variante, die dann, das wäre dann Phase drei, in ein Projekt münden soll inklusive Kostenermittlung, Etappierungsmöglichkeiten usw. usf.

Sie sehen also: Wir sind da auf dem Weg. Und ich fände es jetzt auf Grund politischer Äusserungen von hüben und drüben zum Thema Stadtzentrum nicht nachvollziehbar, wenn Sie jetzt mit einer Kürzung dem Prozess, kaum ist er angelaufen, bereits wieder Steine in den Weg legen würden. Ich glaube, wir sind alle der finanziellen Herausforderungen bewusst, vor denen wir stehen. Aber jetzt gerade hier beim im wahrsten Sinne des Wortes zentralen Schlüsselprojekt „schmürzelen“ zu wollen, ist ganz sicher der falsche Weg. Namens des Stadtrates bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird mit 13:22 Stimmen a b g e l e h n t .

GF Hochbau und Vermessung

Für die KPB referiert **Rolf Denzler** (SVP): *Die Bautätigkeit ist nach wie vor hoch. Grosse Projekte, welche hohe Gebühreneinnahmen generieren sind praktisch realisiert. Aktuell gibt es viele kleine Baugesuche. Bei diesen sind die Gebühren tief. Der Arbeitsaufwand der Prüfung ist bei diesen Gesuchen jedoch aufwendig und hoch. D. h. diese kleinen Gesuche sind für das GF teuer und belasten die Einnahmen negativ.*

Daher sind die budgetierten Gebühreneinnahmen für das Jahr 2021 mit Unsicherheiten behaftet. Bekanntlich ist die Leistungsgruppe Baubewilligung stark überlastet. Die Baugesuche können nicht in der geforderten Frist behandelt werden und die LG ist mit den Baubewilligungen im Rückstand. Retentionsmassnahmen wurden eingeführt mit dem Ziel zu klären, ob die bestehenden Ressourcen reichen. Die LG hat eine exakte Buchführung mit einem Monitoring aufgegleist. Für den Abbau des Rückstandes ist das Büro Gossweiler, Dübendorf, mandatiert worden. Die Behandlungsdauer hat sich leicht verbessert.

Im Rahmen der kommenden Einführung der digitalen Abwicklung von Baugesuchen will man auch den städtischen Inhouse-Prozess nach den für Uster passenden Gegebenheiten digitalisieren. Ziel ist eine massive Beschleunigung der Bearbeitung.

Das GF gab in der KPB zu keinen inhaltlichen Diskussionen Anlass.

Die KPB hat einstimmig mit 9:0 Stimmen das Globalbudget und den Leistungsauftrag genehmigt. Ebenfalls hat die RPK das Globalbudget und den Leistungsauftrag einstimmig genehmigt.

GF Koordination Bildung

Für die KBK referiert **Anita Borer** (SVP): *Für das GF Koordination Bildung wird ein Kredit von 2.54 Mio. Franken beantragt. Der Kredit sinkt gegenüber dem Vorjahresbudget geringfügig um rund 15'000 Franken.*

Die Aufgaben der ehemaligen Abteilungsleiterin wurden auf die Leistungsgruppen Schulverwaltung und Dienste aufgeteilt. Damit übernehmen die Teamleitungen und die Leitung der Leistungsgruppe Dienste mehr Verantwortung.

Unter dem Titel «Digitalisierung» sollen innerhalb von 3 bis 4 Jahren zeitgemässe und vor allem durchgängige Informatikanwendungen zur Verfügung stehen. Entsprechende Systemablösungen werden überprüft.

Für 2021 haben die Vertretungen der Trägergemeinden der Musikschule Uster-Greifensee den Beitrag basierend auf der kantonalen Musikschulverordnung erhöht. Der Anteil von Uster beträgt rund 40 000 Franken. Dies hat zur Folge, dass in der Schulverwaltung dieser Betrag kompensiert bzw. eingespart werden muss, damit die Vorgabe zum Budget pro Geschäftsfeld eingehalten werden kann.

Nach aktuellem Gesetz muss der Zweckverband Schulgesundheit seine Statuten anpassen. Eine Auflösung des Zweckverbandes und eine Integration in die Stadt Uster/Abt. Bildung wird in Betracht gezogen. Falls die Involvierten zum Schluss kommen, dass die Auflösung des Zweckverbandes umgesetzt werden soll, braucht es eine Volksabstimmung in allen Zweckverbandsgemeinden. Auf die finanzielle Situation sollte eine Auflösung jedoch keinen Einfluss haben.

Auf die Frage, wo das Budget des Geschäftsfeldes um 5% reduziert werden könnten, erklärte die Primarschulpflege, dass dies Leistungsverzichte zur Folge hätte. Die möglichen kurzfristigen Massnahmen in den Leistungsgruppen Schulpsychologischer Dienst, Schulverwaltung und Dienste sowie mittelfristig im Bereich der Musikschule wurden aufgezeigt.

Das Budget des Geschäftsfeldes wurde von der KBK sowie der RPK einstimmig angenommen.

Für die SVP/EVP-Fraktion referiert **Barbara Keel** (SVP): *Die SVP/EDU Fraktion stellt den Antrag im GF Koordination Bildung CHF 100'000 zu kürzen, da der Beitrag für das Familienzentrum verdoppelt wurde. Das Ziel dieser Massnahme ist es, dass bei der Integration im Bereich der Abteilung Bildung diese Kosten eingespart werden.*

Diese Begründung erhielten wir vom Stadtrat im Bereich GF Gesellschaft. Für die Unterstützung des Antrags danken wir.

Die Abteilungsvorsteherin Bildung, **Stadträtin Patricia Bernet**, nimmt Stellung: *Ich bitte Sie, diesen spontan gestellten Antrag, da unseriös, abzulehnen. In der Primarschulverwaltung besteht kein Sparpotential.*

Markus Ehrensperger (SVP) *bittet um Aufklärung, in welchem GF denn nun der Antrag behandelt werden soll. Denn wenn das GF Gesellschaft einen Antrag damit begründet, dass an einem anderen Ort dafür gespart werden kann, dann spart man bitteschön auch am anderen Ort. Sonst geben wir das Geld wieder doppelt aus.*

Stadträtin Patricia Bernet: *Dieser Antrag, die Frühförderung hierher zu verschieben, kann jetzt weder spontan noch seriös behandelt werden.*

Walter Meier (EVP): *Zur Klärung halte ich fest: Der Antrag von CHF 100'000 für die frühe Förderung hat der Stadtrat im Budget eingestellt, er kann die Ausgaben aber erst vornehmen, wenn der Gemeinderat der entsprechenden Weisung zugestimmt haben wird. Wenn man gleichzeitig CHF 100'000 sparen will, kann man das in dieser Weisung festhalten. Den Antrag heute hier zu stellen, ist „daneben“.*

Barbara Keel (SVP) beantragt:

Kürzung um CHF 100'000

Der Antrag wird mit 9:23 Stimmen a b g e l e h n t .

GF Sicherheit

Für die KÖS referiert **Ivo Koller** (Grünliberale): *Das Globalbudget 2021 des GF Sicherheit verändert sich im Vergleich zu 2020 nur unmerklich. Nebst den gleichen Zahlen bringt der Umzug ins Stadthaus West jedoch einige Änderungen mit sich. Systeme und Prozesse werden überprüft und der Dienstbetrieb am neuen Ort muss etabliert werden. Ebenso steht 2021 die operative Betriebsaufnahme der Unterkunft GUP an.*

Aus den Diskussionen der Subkommission und Kommission fasse ich die drei wichtigsten Punkte zusammen:

- 1. Im LG Bevölkerungsschutz findet beim Bestand der Angehörigen des Zivilschutzes eine Reduktion statt, jedoch ein bisschen weniger stark wie ursprünglich angenommen. Die Reduktion ergibt sich aus der Revision des Bevölkerungsgesetzes, welches per 1. Januar 2021 in Kraft tritt. Im revidierten Gesetz hätte die Schutzdienstpflicht nur noch 12 Jahre gedauert. Auf Antrag des Kantons Zürich hat der Bundesrat am 11. November 2020 entschieden, dass die Schutzdienstpflicht 14 Jahre dauert, weshalb der Bestand neu 203 und nicht 160 beträgt.*
- 2. In den Investitionen ist jährlich ein neues Polizeifahrzeug als Ersatzbeschaffung eingestellt. Der Wechsel erfolgt turnusgemäss nach sechs Jahren resp. mit ca. 175'000 Kilometern. Ein Polizeifahrzeug hat täglich den vielen Ansprüchen zu genügen, welche die ganze Palette des Polizeiberufs mit sich bringt. Es ist Visitenkarte unserer Polizei, Arbeitsort und wichtiges Arbeitsmittel der Polizisten und Aufenthaltsort diverser Kundschaft. (Heiterkeit im Saal)
*In der KÖS wurde der Antrag gestellt die CHF 100'000.00 für 2021 zu streichen, mit der Begründung, dass es vertretbar sei, ein Polizeifahrzeug auch ein Jahr länger in Betrieb zu lassen. Die Verwaltung entgegnete, ein verlängerter Einsatz würde auch höhere Reparaturkosten mit sich bringen. Der Antrag zur Streichung der Investition wurde mit 7:2 angenommen.**
- 3. Wie in den übrigen Geschäftsfeldern, welche der KÖS zugeteilt sind, wurde auch beim GF Sicherheit ohne Begründung ein Antrag auf eine pauschale Budget-Kürzung von 5 Prozent gestellt. Dieser wurde mit 3:6 Stimmen abgelehnt.*

Die Subkommission dankt den täglich im Dienst stehenden Polizisten, Feuerwehrlern und Zivilschützern für Ihren Einsatz zum Wohle unserer Stadt. Die KÖS empfiehlt das Globalbudget 2021 mit 6:3 Stimmen zur Annahme.

Der Abteilungsvorsteher Sicherheit, **Stadtrat Jean-François Rossier**, nimmt Stellung: *Ich muss den Sprecher der Kös leider korrigieren, während unserer Anwesenheit wurde dieser Antrag aber nicht gestellt. Vorab möchte ich darum meinem Befremden über das Zustandekommen dieses Kürzungsantrages Ausdruck geben. Die drei GF Leitenden der Abteilung Sicherheit haben sich vor der KÖS-Sitzung vom 16. November 2020 mit der 3er-Delegation der Subkommission getroffen und deren Fragen ausführlich beantwortet. Dabei war die Kürzung dieser Investitionsposition kein Thema. Anlässlich der KÖS-Sitzung wurde die Ersatzbeschaffung kurz angesprochen (weshalb es ein Allrad-Fahrzeug braucht und weshalb ein Zweirad-Antrieb nicht genügt), jedoch mit keinem Wort erwähnt, dass beabsichtigt wird, die Ersatzbeschaffung des Patrouillenfahrzeuges der Stadtpolizei für 2021 zu streichen. Diese Streichung liegt in der Kompetenz der Kommission und heute Abend in jener des Gemeinderates. Ärgerlich ist zudem für die Abteilung Sicherheit, dass wir keine Gelegenheit hatten, bei der RPK vorstellig zu werden.*

Dennoch hätte ich mir ein offenes Gespräch in der Kommission erwünscht, um zumindest auch die Kehrseite der Streichung erwähnen zu können, zumal der GFL Sicherheit anlässlich der Kommissionssitzung explizit darauf hingewiesen hat, dass nach 5 Jahren die Garantiedauer ablaufen wird. Es wurde seitens der Kommission hingegen keine Frage gestellt, wann diese 5 Jahres-Dauer abläuft. Es interessierte offensichtlich niemanden. Es ist jedoch notorisch, dass ältere Fahrzeuge, z. T. auch abhängig von der Anzahl der gefahrenen Kilometer, reparaturanfälliger werden.

Es geht mir heute Abend nicht primär darum, Sie/Euch in Ihrem/Eurem Entscheidungsverhalten zu beeinflussen, ich sehe es mit Sicherheit aber als meine Aufgabe als Stadtrat an – auch gegenüber den Ustermer und Ustermerinnen – Sie/Euch über die Konsequenzen der allfälligen Kürzung des Investitions-Budgets, diesen Posten betreffend, aufmerksam zu machen. Es geht um den Ersatz eines angeschriebenen Patrouillenfahrzeuges der Stadtpolizei Uster, welche den Grundauftrag hat, primär für die Sicherheit auf dem gesamten Stadtgebiet von Uster zu sorgen. Das zum Ersatz vorgesehene Fahrzeug wird im August 2021 fünf Jahre im Einsatz stehen und die vertragliche Garantiedauer läuft dann aus.

D.h. sämtliche Reparaturarbeiten gehen ab September 2021 zu 100% zu Lasten der Stadt Uster. Diesbezüglich hat das betroffene GF keinen Betrag im Budget 2021 eingestellt.

Will der Gemeinderat «A» sagen und auf den Ersatz des Polizeifahrzeuges im Jahre 2021 verzichten, was sein gutes Recht ist, dann muss er konsequenterweise aber auch «B» sagen und entsprechend für das Budget 2021 ca. CHF 10'000 für unvorhergesehene Reparaturen einstellen. Die Streichung hat dann nicht nur Auswirkungen auf das Budget 2021, sondern auch auf das Budget 2022. Denn ist das Budget 2022 einmal verabschiedet, kann die betroffene LG am nächsten Tag nicht einfach ein Patrouillenfahrzeug in einer beliebigen Garage einkaufen. Es sind die gesetzlichen Vorgaben und die Abläufe der Submission zu berücksichtigen. Erfahrungsgemäss steht ein Ersatzfahrzeug frühestens im Herbst zur Verfügung. Es ist in der Vergangenheit aber auch schon vorgekommen, dass das Fahrzeug erst im Dezember ausgeliefert werden konnte. Wir sprechen somit also bestenfalls anfangs Oktober 2022, wenn das fragliche Patrouillenfahrzeug ersetzt werden kann. Sämtliche Reparaturen, welche bis zur Ausserdienstsetzung anfallen, – ich habe es bereits erwähnt – gehen zu 100 % zu Lasten der Stadt Uster. Damit sind weitere CHF 15'000 für unvorhergesehene Reparaturen für das Budget 2022 vorzumerken, falls Sie heute Abend die Investitionsplanung entsprechend kürzen.

Und fallen die anstehenden Reparaturen ab September 2021 aufgrund des Schadensausmasses dermassen hoch aus, stellt sich dann die Frage, ob eine Reparatur ökonomisch sinnvoll ist oder ob der Sicherheitsauftrag Vorrang hat.

Hinzu kommt, dass im Falle von Reparatur-Arbeiten kein Ersatzfahrzeug zur Verfügung steht. Die Garage kann kein ausgerüstetes Polizei-Fahrzeug als Ersatz-Fahrzeug anbieten. Es muss polizeilicherseits dann während dieser Dauer mit den verbleibenden beiden angeschriebenen Polizeifahrzeugen ausgekommen werden.

Mit den drei im Einsatz befindlichen Patrouillen-Fahrzeugen wird heute seitens der Stadtpolizei Uster der Grundauftrag für die Stadt Uster sowie die Gemeinde Greifensee gemäss Dienstleistungsvertrag bestritten. Hinzu kommen noch die vertraglich vereinbarten Einsätze im Regio Verbund. Dem Regio Verbund gehören aufgrund der jeweiligen polizeilichen Zuständigkeiten nebst Uster die politischen Gemeinden Dübendorf, Illnau-Effretikon, Schwerzenbach, Volketswil und Wangen-Brüttisellen an. Die Einsätze werden personell und materiell, d.h. auch fahrzeugmässig, im Verhältnis der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde zur Gesamtzahl der Einwohnenden im Regio Verbund geleistet.

Stehen der Stadtpolizei Uster nur zwei Fahrzeuge zur Verfügung, so muss die Stadtpolizei Uster zuerst ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Greifensee und dem Regio-Verbund erfüllen. Ein Ausfall eines Fahrzeuges würde somit primär Uster bzw. seine Einwohnenden selbst treffen.

In diesem Zusammenhang darf ich Sie daran erinnern, dass die Stadtpolizei Uster eine äusserst rasche Reaktionszeit ausweist. Ich verweise auf den Indikator I 02. Dieser betrug für die Jahre 2018 6:35 bzw. 2019 6:30 Minuten. Für 2021 ist ein Indikator unter 8 Minuten im LAGB 2021 festgesetzt worden.

Wird auf den Ersatz des Patrouillenfahrzeuges im Jahre 2021 verzichtet, so muss auch die Interventionszeit (I 02) nach oben korrigiert werden. Realistisch erscheint dabei nach Rücksprache mit dem Kommandanten der Stadtpolizei ein Wert von 12:00 Minuten. Heute ist die Stadtpolizei nach einem Notruf in weniger als 10 Minuten vor Ort. Dies kann bei einem länger dauernden Ausfall eines Patrouillenfahrzeuges jedoch nicht mehr garantiert resp. erreicht werden. Unter Umständen dürfte auch die Anzahl der Ausrückeinsätze sinken (K 02).

Ich will den Teufel nicht an die Wand malen, sehe es aber meine Pflicht, Sie daran zu erinnern, was es u.U. bedeuten kann, die Ersatzbeschaffung auf 2022 zu verschieben.

In diesem Sinne tut der Gemeinderat gut daran, sich heute im Rahmen der Budgetdebatte 2021 der Sicherheit zuliebe doch gegen die geplante Streichung der Investitionssumme von CHF 100'000.- für die Ersatzbeschaffung des Patrouillenfahrzeuges der Stadtpolizei auszusprechen.

Markus Ehrensperger (SVP): *Wir können diese Kürzung nicht mehr mittragen, obwohl uns die Idee zuerst auch einleuchtete. Wenn man nämlich die Einsatzdauer der Polizeiautos um ein Jahr verlängert und auf alle Autos anwendet, hat man irgendwann eine gesamte Flotte eingespart. Allerdings haben unsere Vertreter in der KÖS die technischen Ausführungen dazu noch nicht gekannt. Das liegt auch am etwas seltsamen Sitzungsmechanismus in der KÖS, den man überprüfen sollte. Bei uns in der KPB sind der Stadtrat und die Verwaltung bis und mit der Abstimmung anwesend und haben so jederzeit eine Möglichkeit für ein rechtliches Gehör.*

Monika Fitze (SP): *Ich bin Mitglied der KÖS und habe dem zuständigen Stadtrat gelauscht. Kommissionsarbeit ist ein laufender Prozess, der nach wie vor möglich sein wollte, weil er zulässig ist. Der Stadtrat will auf keinen Fall pauschale Kürzungen, wenn dann aber ein präziser Antrag gestellt wird, hören wir wortgewaltig, dass das auch nicht erwünscht ist.*

Stadtrat Jean-François Rossier: *Dem muss ich als Stadtrat entgegen. Wenn man etwas von Betriebswirtschaft versteht, dann sprechen wir bei diesem Antrag von einer Investitionskürzung, fairerweise müsste das Parlament nun aber die Reparaturkosten draufschlagen, denn jetzt würden wir vordergründig bei den Abschreibungen sparen, dafür entstehen dann Reparaturkosten von CHF 15'000. Was kommt dann da günstiger? Marius Weder hat die beiden Kriterien für Anträge der KÖS erläutert. Auch Ivo Koller will über Indikatoren steuern. Budget und Investitionsrechnung sind zwei verschiedene Paar Schuhe.*

Die KÖS und die RPK beantragen:

Investitionen

Nr. 321 Ersatzbeschaffung Polizeifahrzeug

CHF 100'000 streichen

Der Antrag wird mit 18:16 Stimmen angenommen.

Die KÖS und die RPK beantragen:

LG Bevölkerungsschutz

Kennzahlen:

Zivilschutz (Seite K/3)

K05 Bestand AdZS 203 anstelle 160 (gemäss Bundesratsbeschluss 11.11.2020)

Kenntnisnahme.

GF Publikumsdienste

Für die KÖS referiert **Silvan Dürst** (SVP): *Wie folgt berichte ich Ihnen über die wichtigsten Punkte aus dem Budget 2021 zum GF Publikumsdienste. Der budgetierte Globalkredit für das Geschäftsfeld Publikumsdienste beträgt für das Jahr 2021, CHF 1.518 Millionen nach Abschreibungen. Gegenüber dem Budget 2020 nimmt der Globalkredit um CHF 47'000 zu.*

Die Erhöhung des Globalkredits ist auf eine Erhöhung von 50 Stellenprozent zurückzuführen, welche wiederum auf die steigende Bevölkerungszahl zurückzuführen ist. Die Stellenprozente wurden ausser der Erhöhung von 20 Stellenprozenten für Samstagstrauungen, seit 17 Jahren nicht mehr erhöht.

Kürzungen des Globalkredits seien nach Angaben vom Leiter GF Publikumsdienste nicht möglich. Geburtszahlen, Todeszahlen, Hochzeiten und Umzüge verlaufen rel. linear zur Einwohnerzahl. Eine Möglichkeit würde er jedoch bei der Streichung den SBB-Tageskarten sehen. Nach ausführlichen Diskussionen ist die KÖS zum Schluss gekommen, dass real sogar ein leichter Verlust entsteht und ein toller Service für die Bevölkerung verloren geht. Der Antrag wurde mit 4:5 Stimmen abgelehnt. Die KÖS empfiehlt den Globalkredit im Geschäftsfeld Publikumsdienste mit 6:3 Stimmen zur Annahme

GF Recht und Vollstreckung

Für die KÖS referiert **Marius Weder** (SP): *Der budgetierte Globalkredit im Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung auf Seite M/1 lautet auf minus 90'000 Franken; 145'000 Franken tiefer als gemäss Budget 2020. Dies ist auf höher budgetierte Einnahmen in der Leistungsgruppe Stadttamman- und Betriebsamt sowie in der Leistungsgruppe Stadtrichteramt zurückzuführen. Während sich in früheren Jahren anlässlich der Behandlung der Jahresrechnung regelmässig zeigte, dass bei diesen beiden Leistungsgruppen von zu tiefen Gebühreneinnahmen ausgegangen worden war, dürfte die jetzige Budgetierung der sich uns in eineinhalb Jahren voraussichtlich präsentierenden Realität vermutlich näherkommen. So ergab die Jahresrechnung 2018 einen Einnahmenüberschuss von 37'000 Franken für das gesamte Geschäftsfeld, die Jahresrechnung 2019 gar einen solchen von 189'000 Franken. Der jetzt budgetierte Einnahmenüberschuss von 90'000 Franken bewegt sich also etwa im Mittelfeld der letzten Jahre. Anzumerken ist, dass das Geschäftsfeld auch erst seit fünf Jahren besteht und zuvor wohl etwas die Erfahrungswerte fehlten. Im Stellenplan stehen weiterhin 12.8 Vollzeitstellen zu Buche, nachdem in der Leistungsgruppe Stadtrichter im Vorjahr aufgrund der zunehmenden Geschäftslast eine Erhöhung um 40% einer kaufmännischen Stelle erfolgte. In allen drei Leistungsgruppen werden dieselben Fallzahlen budgetiert wie für das laufende Jahr 2020. Anzumerken ist, dass bei all diesen Leistungsgruppen die Fallzahlen nicht bzw. kaum beeinflussbar sind durch die Amtsträgerinnen und -träger.*

Die seitens der Kommission gestellten Fragen wurden durch die Verantwortlichen der Abteilung Sicherheit zur Zufriedenheit der Kommissionsmitglieder beantwortet. Die KÖS empfiehlt den Globalkredit im Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung einstimmig zur Annahme.

GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert **Hans Keel** (SVP): *Das Globalbudget 2021 für das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit beläuft sich auf Fr. 14'809'000 inkl. Abschreibung. Dies sind 782'000 Fr. weniger als im Budget 2020 budgetiert. Diese erfreuliche Feststellung verdanken wir dem Umstand, dass der Kanton sich ab 2021 neu an den Kosten der Zusatzleistungen zur AHV/IV mit 50 % statt 44 % beteiligt. Wir können mit ca. Fr. 10.4 Mio. Staatsbeträgen rechnen. Die LG KESB verzeichnet einen hohen Anstieg der Gefährdungsmeldungen und Verfahren und benötigt für die korrekte gesetzliche Bearbeitung eine zusätzliche Stelle.*

Es sind keine Investitionen vorgesehen.

LG Sozialversicherung: Die Ausgaben für die Zusatzleistungen zur AHV/IV werden erneut um ca. Fr. 1 Mio. zunehmen. Zurückzuführen ist dies auf den Anstieg der Bezüger-Zahlen, insbesondere bei den AHV-Beziehenden.

Auch die neu festgelegten maximal anrechenbaren Mietzinsen erhöhen die Brutto-Ausgaben. Trotz höheren Kosten werden die Netto-Ausgaben für die Stadt Uster sich verringern, da der Kanton seinen Anteil um 6 % erhöht.

Bei den Gemeindegremien wird sich der Bruttoaufwand voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Die Auswirkungen der Vorgaben des neuen Ergänzungsleistungsgesetzes werden überprüft, wenn nötig angepasst.

Die Aufgaben für die Individuelle Prämienverbilligung (IPV) werden neu ab 2021 von der Sozialversicherungsanstalt Zürich (SVA) übernommen, das städtische Sozialversicherungsamt entsprechend entlastet.

LG Familienergänzende Betreuung: Angebot an Krippenplätzen deckt nach wie vor die Nachfrage. Die Hortplätze entsprechen einem Bedarf und werden 2021 voll ausgelastet sein. Der Anteil der Eltern, deren Kinder von Krippen und Horten betreut werden, an den Gesamtkosten beträgt rund 70 %.

Seit dem August 2020 ist die neue kantonale Verordnung über Tagesfamilien und Kindertagesstätten in Kraft. Die FEB-Betriebe sind über Kontrakte mit der Stadt Uster verpflichtet, diese Vorgaben einzuhalten. Die Aufsicht über die Einhaltung der Verordnung hat die Sozialbehörde Uster.

LG Kindes- und Erwachsenenschutz: Die verzeichneten Neueingänge von Gefährdungsmeldungen und Anträgen pro Woche, die jeweils von Gesetzes wegen ein Prüfungsverfahren auf Schutzmassnahmen bei der KESB auslösen, ist von durchschnittlich 20 auf 24 angestiegen. Die neue Stelle ist notwendig, um die gesetzlichen Vorgaben zur Bearbeitung der Meldungen und Verfahren einhalten zu können.

Das neue kantonale Kinder- und Jugendheimgesetz soll 2022 in Kraft treten. Mit neuen Kennzahlen wird das Ausmass der Massnahmen für die Platzierung von Minderjährigen in Heimstrukturen und Pflegefamilien erfasst.

Die KSG hat das GF mit 9:0 Stimmen gutgeheissen.

GF Heime Uster

Für die KSG referiert **Ali Özcan** (SP): Die Vorbesprechung der Subkommission fand am Montag, 16. November 2020 mit Stadträtin Karin Fehr, Abteilungsleiterin Anita Bernhard; Leiter GF Heime, Martin Summerauer sowie den Subkommissionsmitgliedern Paul Stopper, Beatrice Caviezel und Ali Özcan statt.

GF Heime Uster:

COVID-Fälle in den Heimen:

April 2020: 9 infizierte Bewohnerinnen und Bewohner / 6 infizierte Mitarbeiterinnen. Ein Todesfall (Multimorbidität, nicht aufgrund COVID).

November 2020: 0 infizierte Bewohnerinnen und Bewohner / 3 infizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (keine «In House» Ansteckungen).

Mitte November 2020 ist ein infizierter Bewohner in Spital-Behandlung.

Aktuell ist das gesamte Zentrum Dietenrain isoliert. Das hat zur Folge, dass das Besuchsrecht stark eingeschränkt wurde.

Zu den finanziellen Auswirkungen (Stand November 2020):

- Fr. 345'000 Ertragsausfall Restaurants und Catering
- Fr. 327'000 Betrieblicher Mehraufwand (Material & Schutzmassnahmen)
- Fr. 1'280'000 Ertragsausfall Taxeinnahmen
- Fr. -442'000 Einsparungen Betriebs- und Personalaufwand
- Insgesamt etwa ein Minus von ca. CHF 1.5 Mio.

Weitere Zusatzkosten werden womöglich mit der zweiten Covid-19 Welle zusätzlich anfallen. Eine konkrete Berechnung ist jedoch unter diesen Umständen nicht ausreichend möglich.

Im Nachtragskredit (Weisung 65/2020) wurden wegen Covid-19 Zusatzkosten von Fr. 1.185 Mio. für die Heime Uster ausgewiesen.

LG Gesundheitsdienste:

Die Wiedereröffnung der Abteilung OG See per März 2021 wurde zum Zeitpunkt der Schliessung im Februar 2020 geplant. Aufgrund der Entwicklung der Auslastung während dieses Jahres hat sich die Ausgangslage jedoch verändert. Aus heutiger Sicht wird die Wiedereröffnung per März 2021 nicht notwendig. Die Entwicklung wird monatlich neu überprüft.

Es werden mehrere Varianten der weiteren Nutzung für die Abteilung OG See geprüft. Z.B.

- *Umsetzung des gerontopsychiatrischen Betreuungsangebotes.*
- *Eröffnung ausschliesslich mit Einzelzimmern.*
- *Tages-Nacht-Wohnen: Das Angebot ist zur Umsetzung im ersten Quartal 2021 vorgesehen. Entscheidend für den Zeitpunkt der Eröffnung werden der Stand der COVID-Krise und die dann geltenden Weisungen der Gesundheitsdirektion sein.*
- *Gerontopsychiatrische Betreuung: Die Umsetzung ist 2021 für das Quartal 3 vorgesehen. Zielgruppe und Ausrichtung des Angebots wird in der vorhergehenden Projektphase definiert.*
- *Demenserweiterung in einer dritten Abteilung: es wird eine betriebliche Machbarkeitsklärung angegangen. Besteht genügend Bedarf? Wie können wir das rasch umsetzen ohne hohe Investitionen bei Raum und Infrastruktur?*
- *Palliative Care: die Heime Uster richten sich auf mögliche Kooperationsprojekte mit den Spitälern Uster und Wetzikon aus.*

Am 13. November 2020 wurde durch das Spital Uster eine dringende Anfrage eingereicht. Es geht darum, die geschlossene Abteilung im OG See ab sofort in eine provisorische Covid-19 Abteilung umzuwandeln. Dies soll zur akuten Entlastung der des Spitals Uster dienen.

Zum einen sollen infizierte Bewohner intern verlegt werden können, um die anderen Bewohner zu schützen. Andererseits haben die Heime Uster einen klaren Leistungsauftrag, nämlich die Versorgungssicherheit bereitzustellen. Darunter fällt auch die Versorgung von betagten Patienten, die im Spital von einer Covid-Infektion genesen sind und in ein Pflegeheim verlegt werden können. Damit richtet sich diese Station an Patienten, die keine akute Spitalbehandlung mehr benötigen.

Bedarfsabklärung Heime:

Die Bedarfsklärung der Heime Uster basiert auf verschiedenen Analysen und Berichten:

- *Obsan-Studie Kanton Zürich*
- *Pflege-Monitoring der Abteilung Gesundheit Stadt Uster*
- *Beratungsstatistik der Heime Uster*
- *Altersstrategie Stadt Uster*
- *Externe Studie Vitalba 2020 zum künftigen Pflegebedarf*

Die öffentliche Hand erstellt keine Alterswohnungen – dies übernehmen in Uster ausschliesslich private Anbieter. Ab 2023/24 werden mit dem Neubau der Siedlung Rehbühl und der Überbauung der Atlas-Stiftung am Stadtpark viele zusätzliche Alterswohnungen auf den Markt kommen.

Zur weiteren Differenzierung des Pflegeangebotes der Heime Uster ist ein intermediäres Angebot „Betreutes Wohnen“ vorgesehen (intermediär = Zwischenform zwischen ambulant und stationär). Die Realisierung des Angebots ist in Kooperation mit der Wohnbau-Genossenschaft Frohheim auf 2024 geplant.

Die Wirkungs- und Leistungsziele erachtet die Abteilung GF Heime als aktuell und sieht keinen Bedarf, diese anzupassen.

Der Globalkredit für das GF «Heime Uster» beträgt CHF -2000.

Die Subkommission bedankt sich bei allen Beteiligten für den Einsatz und beantragt der Kommission Soziales und Gesundheit die Leistungsaufträge und das Globalbudget 2021 des GF Heime Uster, zur Abnahme.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Andrea Grob** (FDP): *COVID-19 ist überall spürbar in den Heimen. Wirtschaftlich gesehen zeigt sich dies einerseits in Ertragsausfällen in den Bereichen Restaurants, Catering und Taxen. Auf der anderen Seite gibt einen betrieblichen Mehraufwand, was das Material und die Schutzmassnahmen betreffen. Wiederum gibt es teils massive Einsparungen beim Betriebs- und Personalaufwand, weil eben die Infrastruktur durch COVID-19 nicht zu 100 % aufrechterhalten werden kann. Im Altersheim Grund war auf März 2021 die Wiedereröffnung der Abteilung OG See geplant. Aufgrund der tieferen Auslastung im aktuellen Jahr wird die geplante Wiedereröffnung aber nicht nötig sein.*

Aufgrund der soeben beschriebenen Ausgangslage und der Annahme, dass uns Corona auch noch im nächsten Jahr beschäftigt, ist eine Kürzung im Bereich Heime sicherlich machbar. Die Abteilung Gesundheit hat aus diesem Grund das Budget bereits selbstständig um CHF 300'000 gekürzt. Diese Handlung verdient unseren grössten Respekt.

Man muss dazu wissen, dass Alters- und Pflegeheime einen Mindeststellenplan erreichen müssen. Bei den Heimen Uster beträgt dieser aufgrund der Auslastung knapp über 200 VZE. Im Budget sind

aber über 220 VZE eingestellt. Weshalb? Es ist aufgrund der aktuellen Pandemie nicht davon auszugehen, dass sich die Heimeintritte derart rasch erholen. Die Rechnung ist einfach: Wenn die Auslastung tiefer budgetiert wird, sinken auch die geforderten VZE. Die FDP/CVP-Fraktion findet, dass die Abteilung Gesundheit nochmals über die Bücher gehen muss. Wir unterstützen deshalb den Antrag um Kürzung des Globalbudgets um CHF 300'000 geschlossen.

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, **Stadträtin Karin Fehr Thoma**, nimmt Stellung: *Im Namen des Stadtrats bitte ich Sie, den Kürzungsantrag der RPK abzulehnen.*

Seit zwei Jahren stehen die Heime Uster unter Kostendruck. Trotz zahlreicher Sparmassnahmen inklusive der vorübergehenden Schliessung einer Abteilung im PZ Dietenrain können die mit der geringen Bettenauslastung zusammenhängenden Einnahmeausfälle nur teilweise kompensiert werden. Seit Pandemiebeginn ist die Nachfrage nach stationären Pflegeplätzen schweizweit weiter gesunken. In diesem Jahr dürften die Auslastung der Heime Uster bei durchschnittlich 85% (bezogen auf das Gesamttotal von 251 Betten) und der Bestand an Stellen Ende Jahr bei plusminus 207 liegen. Coronabedingt fallen in den Heimen laufend weiterhin Mehraufwendungen und Mindereinnahmen an. Coronabedingt ist aber auch das Personal überdurchschnittlich grossen psychischen und körperlichen Belastungen ausgesetzt. Zahlreiche Mitarbeitende befinden sich im Moment in Isolation oder Quarantäne. Seit letzter Woche ist auch die Zahl der positiv auf das neue Corona-Virus getesteten Bewohnerinnen und Bewohner an beiden Heimstandorten sehr stark angestiegen. Die Heime Uster sind also enorm gefordert. Der Leiter der Heime Uster hat es bereits letzte Woche auf „Tele Züri“ gesagt, die Heime Uster laufen sehr nah am Limit.

Das Budget des GF Heime Uster für 2021 wurde unter völlig anderen, viel optimistischeren Vorzeichen erstellt. Die dem Budget zugrundeliegenden Eckwerte, insbesondere die Anzahl Stellen, gaben in der Subkommission zu reden. Bei den Geschäftsfeldern der Heime und Spitex Uster werden im Budget traditionsgemäss nur ungefähre Stellenbestände ausgewiesen. In beiden Geschäftsfeldern wird die Zahl der Stellen das ganze Jahr hindurch so weit wie möglich der effektiven Nachfrage bzw. dem effektiven Pflegebedarf angepasst. Effektiv haben wir für das Budget 2021 des GF Heime Uster mit rund 215 Stellen gerechnet. Das, was Sie als RPK also beantragen, ist im Budget 2021 bereits berücksichtigt. Eine Kürzung des Globalbudgets beim GF Heime Uster würde vor allem die Pflege massiv unter Druck setzen. Darunter würden vor allem die ohnehin schon stark verunsicherten Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörige leiden. Das ist in der aktuellen Pandemiesituation weniger denn je zu verantworten. Zudem werden die Heime aufgrund ihres Versorgungsauftrags auch ihre Angebote bedarfsorientiert weiterentwickeln müssen. Das neue Tages- und Nachtwohnen werden wir so bald erlaubt lancieren. All dies ist aber nicht zum Nulltarif zu haben. Warum würde nur vor allem die Pflege unter dem Kürzungsantrag leiden? Weil die Bereiche Hotellerie und Betreuung von ihrem Kürzungsantrag nicht tangiert würden, da die Heime hier zu kostendeckenden Tarifen verpflichtet sind. Effizienzsteigerungen in diesen Bereichen müssen den Bewohnenden in Form von reduzierten Taxen weitergegeben werden.

Geschätzte Ratsmitglieder, die Heime Uster gehen sorgsam mit den ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln um. Das bezeugen sämtliche uns bekannte Benchmarks. Bitte lehnen Sie den Kürzungsantrag beim Globalbudget des GF Heime Uster.

Für die SP-Fraktion referiert **Ali Özcan** (SP): *Uns ist bewusst, dass in unseren Heimen qualitativ wie auch quantitativ viel und gut gearbeitet wird. Ich möchte diese wertvolle Arbeit hiermit nochmals wertschätzend loben.*

Würde sich aber wider Erwarten die Auslastung in den Heimen normalisieren, wäre die Möglichkeit für einen Nachtragskredit vorhanden. Falls die Heime zu einem späteren Zeitpunkt mehr Mittel benötigen würden, würden wir einem Nachtragskredit gerne zustimmen.

Die RPK beantragt:

Der Globalkredit wird um CHF 300'000 gekürzt.

Der Antrag wird mit 29:6 Stimmen angenommen.

GF Spitex Uster

Für die KSG referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Das Globalbudget 2021 für das GF Spitex Uster beläuft sich auf minus 236'000 Franken. Es verringert sich im Vergleich zur Rechnung 2019 um ca. 69'000 Franken, zum Budget 2020 erhöht es sich wiederum um 137'000 Franken. Zurückzuführen ist diese Erhöhung auf eine erwartete Steigerung der Dienstleistungen vor allem in der Leistungsgruppe Pflege.*

GF – Personal: Die Stellen im Geschäftsfeld nehmen um 5 Stellen auf 66.5 Stellen zu. Auch diese Erhöhung geht mit der erwarteten Dienstleistungssteigerung einher.

Vergleicht man die erwartete Dienstleistungssteigerung von über 6000 Stunden, die mehr verrechnet werden mit der Erhöhung der Stellen, entspricht dieses Verhältnis der gängigen Praxis in der Spitex.

GF – Investitionsplanung: Es sind keine Investitionen vorgesehen.

Projekte: Folgende Projekte stehen an:

- *Planung und Umzug ins VZK Gebäude Wagerenstrasse 45, der im Sommer stattfinden soll*
- *Einführung neues Finanzmanual des Spitex Verbandes Schweiz und neue KoRe*
- *Einführung neue Pflegebedarfserfassung (interRAI)*

GF Spitex Uster: Im 2020 mussten wegen Covid-19 neue betriebliche und organisatorische Prioritäten gesetzt werden. Zurückgestellte Themen müssen ab 2021 wieder im Betrieb integriert werden.

LG Pflege: Verschiedene Themen stehen an. So ist die Pflichtsoftware «interRAI» einzuführen, die Pflegeausbildung ist effektiver in den Teams zu etablieren, dazu werden neue Abläufe gestaltet, zudem werden Arbeitsprozesse im Hinblick auf den Umzug an die Wagerenstrasse überprüft.

LG Hauswirtschaft und Dienste: Das Angebot «Spitex plus» wird in der Pilotphase laufend überprüft und den aktuellen, fachlich relevanten Bedürfnissen und Anfragen aus der Bevölkerung angepasst.

Im Gegensatz zur LG Pflege sind hier keine Dienstleistungssteigerungen vorgesehen.

Die Kommission Soziales und Gesundheit beantragt mit 8:0 (abwesend 1) Stimmen dem Gemeinderat die Leistungsaufträge 2021-2024 und das Globalbudget 2021 des Geschäftsfeldes Spitex Uster gutzuheissen.

GF Gesundheit und Alter

Für die KSG referiert **Silvio Foiera** (EDU): *Die Besprechung der Subkommission Gesundheit fand am Abend des 16. Nov. im Stadthaus statt.*

Von Seiten Verwaltung und Stadtrat waren Stadträtin Karin Fehr Thoma sowie Abteilungsleiterin Gesundheit, Anita Bernhard, anwesend.

Die Subkommission wurde durch Kommissionspräsidentin Eveline Fuchs sowie Silvio Foiera vertreten.

Synopsis: Das GF Gesundheit zeigt keine nennenswerten Auffälligkeiten im Budget, ausser einigen Kleinigkeiten gab es wenig erklärungsbedürftige Posten, welche vertiefter Abklärung bedurft hätten. Vorab gestellte Fragen konnten der Subkommission nachvollziehbar erklärt werden.

LG Abfallbewirtschaftung: Planung und Wettbewerb für die neue Hauptsammelstelle werden initiiert.

Bis zur Fertigstellung, werden für die notwendigen Prozesse vier bis fünf Jahre veranschlagt.

LG Umwelt: Der ordentliche politische Prozess zum Massnahmenplan Klima ist per Q1/2021 geplant..

Der Festakt für die Verleihung der Auszeichnung als «Fair Trade Town» musste bedingt durch die COVID19 Situation verschoben werden. Die Durchführung der nun per 2021 angedachte Verleihung hängt jedoch stark von der Entwicklung der Pandemiesituation ab.

LG Fachstelle Alter: Die Fachstelle Alter beginnt mit der Umsetzung des Projektes «Hilfe ins Haus holen – leicht gemacht». Dieses Projekt wurde ins Förderprogramm «Socius 2020-2023» der Age-Stiftung aufgenommen und mit insgesamt 140kCHF unterstützt. In Zusammenarbeit mit den Akteuren im Altersbereich werden Massnahmen erarbeitet und umgesetzt, welche die Organisation und längerfristige Koordination von Hilfeleistungen zuhause für betagte Personen sowie deren Angehörige vereinfachen.

Personal: Der Personalbestand verbleibt auf dem Niveau 2020 von 7.7 Stellen.

Mittelfristig (ab 2022) ist von einem Wachstum von 80-100 Stellenprozenten auszugehen.

Zusätzliche 15 Stellenprozente werden für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäss Postulat 558/2019 eingesetzt werden müssen.

Investitionsplanung: Die Investitionsplanung weist wie in vergangenen Jahren 120kCHF für den kontinuierlichen Ausbau der Unterflursammelstellen auf. Die letztjährig eingestellten 100kCHF für die "Testplanung Wageren" sind nicht wiederkehrend.

Globalkredit: Der Globalkredit von CHF 886kCHF fällt gegenüber Budget 2020 um rund 53kCHF tiefer aus. Liegt damit aber rund 100-150kCHF über dem Globalkredit der Jahre 2018 / 2019. Die wie im Vorjahr primär dadurch bedingt, dass die Fachstelle Alter rund 100kCHF höhere Lasten zu tragen hat.

Inkl. Beiträgen an Heime und Spitex Beträgt der Globalkredit 14,285MCHF. Somit 290kCHF unter Vorjahres Budget. Unter Berücksichtigung von 10kCHF Abschreibungen reduziert sich dieser Betrag auf 280kCHF bzw budgetiert das Geschäftsfeld einen Gesamtaufwand von 14,295MCHF.

Fazit: Die Kommission beantragt dem Gemeinderat, das Budget des Geschäftsfeldes Gesundheit und Alter zur Abnahme.

GF Sport

Für die KBK referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Ich spreche für die Kommissionen KBK und RPK. Datum Gespräch: 6. November 2020, Online-Meeting. Anwesend: Stadträtin Karin Fehr, Anita Bernhard, Beat Berger, Barbara Keel und Marc Thalmann. Besprochen in den Kommissionsitzungen: KBK vom 16. November 2020 und RPK vom 23. November 2020. GF vertreten durch Stadträtin Karin Fehr, Anita Bernhard und Beat Berger.*

Allgemein:

Der Sport in Uster ist wie im Vorjahr mit rund CHF 118 Kosten pro Einwohner budgetiert und soll einen leicht höheren Kostendeckungsgrad von 43.1% erreichen. Ohne Abschreibungen steigt der Globalkredit des Geschäftsfeldes Sport gegenüber dem Budget 2020 um TCHF 29 oder 0.7 %. Die Sportstadt Uster gibt wie in den vergangenen Jahren 3 % des Globalkredits für den Sport aus. Der Stellenplan verharrt bei 27.5 VZE.

Mit der Budgetierung 2020 wurden die beiden Leistungsgruppen „LG Sportanlagen und Sportförderung“ und „LG Bäder“ aufgelöst und neu zusammengestellt. „LG Sportanlagen“ umfasst alle Bäder sowie die Sporthalle und Aussenanlagen Buchholz und Heusser Staub. Die „LG Sportförderung“ beinhaltet unter anderem die Angebote freiwilliger Schulsport sowie Sport und Fun Camp.

Durch die Umstellung wurden auch zum Teil neue Indikatoren eingeführt, die mit dem Rechnungsabschluss 2020 zum ersten Mal auf ihre Zweckmässigkeit überprüft werden.

LG Sportanlagen:

Der Baukredit für die Erweiterung um ein Kunstrasen- sowie ein Naturrasenfeld wurde im Februar 2020 an der Urne genehmigt. Zurzeit laufen die Bauarbeiten und werden bis Frühjahr 2021 umgesetzt sein. Im Gleichzug werden wo möglich verschiedene Massnahmen für die Steigerung der Biodiversität auf den Zwischenflächen umgesetzt, um die Aufenthaltsqualität zu steigern.

Für den Abbau der temporären Dreifachturnhalle im Buchholz bewilligte der Gemeinderat am 9. November 2020 CHF 270'000. Auf der rückgebauten sowie angrenzenden Flächen werden ebenfalls Biodiversitätsmassnahmen zur Verbesserung der Ökologie umgesetzt.

Im Strandbad sind die Arbeiten zur Beckensanierung und der Ersatz der Wasseraufbereitungsanlage im Gange. Dies als erste Massnahmen der Gesamtsanierung welche im zweiten Schritt die Hochbauten umfassen wird. Bei gleichbleibender Besucherzahl soll der Durchschnittsertrag leicht gesteigert werden und so der Kostendeckungsgrad auf 55 % gehoben werden.

Das Hallenbad hat bei leicht gesteigerten erwarteten Besucherzahlen von 230'000 (Vorjahr 220'000) einen weiterhin guten Kostendeckungsgrad von 80 %. Angesichts der gegenwärtigen Pandemiesituation ist allerdings unklar, wie sich die Einnahmenseite zum Beispiel beim Hallenbad entwickeln wird. Im alten Bereich des Bades ist die Badwassertechnik am Ende der Lebensdauer angelangt. Um diese zu ersetzen, wird 2021 mit der Projektierung begonnen. Die Umsetzung ist dann in den Folgejahren bis 2025 vorgesehen.

Im Dorfbad wurde die Führung des Bistros doch nicht ausgelagert, da es sich für mögliche Pächter nicht rentabel betreiben liess. Entsprechend steigt der Kostendeckungsgrad auf voraussichtlich 36 % an, aufgrund des voraussichtlich eingeschränkten Angebots nicht ganz auf das Niveau der Vorjahre.

Durch einen neuen Online-Verkauf soll der Verkauf von Saisonkarten für die Bäder verbessert werden, dafür sind aber neue Lesegeräte für die Eingänge zu beschaffen.

Der Kostendeckungsgrad der Aussenanlagen ist mit knapp 20 % eher tief. Mittelfristig sollen Massnahmen geprüft werden, den Deckungsgrad gegen 25 % anheben zu können (Überarbeitung Gebührenreglement).

LG Sportförderung:

Die LG Sportförderung musste 2020 durch den Corona bedingten Lock Down einige geplanten Anlässe und Kurse aussetzen. Die beliebten Angebote wie Stars in der Schule, Sport und Fun Camp sowie der freiwillige Schulsport sollen 2021 wiederaufleben. Daneben wird der verschobene «Bewegungstag 60+» nachgeholt. Eine Herausforderung für das Team wird die neu übernommene Verantwortung für die Grosssportveranstaltungen «Greifenseelauf», «Blaueierschwimmen» und «Pferdesporttage» sein.

Insbesondere der freiwillige Schulsport, welcher dank Gelder vom Kanton und von Jugend + Sport sowie Elternbeiträgen kostendeckend betrieben werden kann, soll weiter ausgebaut werden. Von 80 auf 85 Kurse und weiterhin 1'100 Teilnehmenden.

Die KBK dankt der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen und empfiehlt den Globalkredit 2021 inkl. Abschreibungen über TCHF 4'167 bei vorgesehenen Investitionen von TCHF 1'100 für das Geschäftsfeld Sport zur Annahme.

4. Geschäftsbericht Sozialbehörde

GF Sozialhilfe

Für die KSG referiert **Florin Schütz** (SP): *Das Budget des Geschäftsfeldes Sozialhilfe führte zu keinen grossen Diskussionen, die budgetierten Zahlen und Beträge sind nachvollziehbar und konnten einleuchtend begründet werden.*

Der budgetierte Globalkredit beläuft sich auf 10.665 Mio. CHF und liegt damit leicht unter dem budgetierten Betrag des Vorjahres (10.712 Mio. CHF).

Der Stellenetat erhöht sich durch die neue Leistungsgruppe Integrationsangebote auf 33.1 (Budget 20: 26.45). 300 Stellenprozente in der LG Asyl- und Flüchtlingskoordination werden neu in der LG Integrationsangebote aufgeführt.

LG Sozialberatung

Die Arbeitslosenquote in Uster stieg im ersten Halbjahr 2020 von 2.3 auf 2.8 Prozent an, Grund dafür ist die Corona-Pandemie. Es wird allerdings damit gerechnet, dass die Folgen der Corona-Krise erst 2022 sichtbar werden und die Anzahl Sozialhilfebeziehende 2021 stabil bleiben wird. Aufgrund des Ergebnis 2019 und der Hochrechnung 2020 wurde die finanzielle Nettobelastung daher mit 4.6 Mio. CHF etwas tiefer budgetiert als noch im Vorjahr.

LG Asyl- und Flüchtlingskoordination

Die Anzahl zugewiesener Asylsuchenden ist schwer absehbar, da Uster allerdings weiterhin unter dem Aufnahmesoll (derzeit 175 Personen) liegt, ist mit zusätzlichen Aufnahmen zu rechnen. Der Kanton wird sich 2021 stärker am Aufwand für Integrationsangebote für Personen mit dem Status F beteiligen, die vom Kanton ausgerichteten Tagespauschalen werden aber weiterhin nicht kostendeckend sein.

LG Integrationsangebote

Im Juni 2020 hat der Gemeinderat einen jährlich wiederkehrenden Kredit von 200'000 Franken für berufliche und soziale Integrationsangebote gesprochen. Infolge dessen wird es ab 2021 eine neue Leistungsgruppe «Integrationsangebote» geben, welche dem Geschäftsfeld Sozialhilfe zugeordnet ist. Die Wirkungs- und Leistungsziele sowie die Leistungen wurden der vom Gemeinderat verabschiedeten Weisung entnommen. Zusätzlich festgelegt wurden mehrere Indikatoren und Kennzahlen.

Die Kommission Soziales und Gesundheit empfiehlt das Budget des Geschäftsfeldes Sozialhilfe einstimmig zur Annahme.

5. Geschäftsbericht Primarschulpflege

GF Primarschule

Für die KBK referiert **Anita Borer** (SVP): *Für das GF Primarschule wird ein Kredit von rund 45 Mio. Franken beantragt. Der Kredit steigt gegenüber dem Vorjahresbudget um rund 900'000 Franken. Das Konzept der Schulraumgesamtentwicklung liegt vor. Das Konzept bildet die strategische Grundlage für die Weiterentwicklung von Unterricht und Betreuung und der rechtzeitigen Bereitstellung von geeignetem Schulraum.*

LG Regelunterricht: Die Kosten je Schüler bzw. Schülerin nahmen in den letzten Jahren laufend zu. Grund dafür sei vorwiegend der Personalaufwand – insbesondere den Teuerungsausgleich und die fünfte Ferienwoche.

Die Informatik weist einen höheren Nutzungsaufwand auf, der mit Mehrkosten von 120'000 budgetiert wurde. Dieser ist auf die flächendeckende Einführung von Informatikmitteln für die Regelklassen zurückzuführen.

LG Tagesstrukturen: Ab Schuljahr 2022/23 soll eine Morgenbetreuung in allen Schulorten eingeführt werden. Der entsprechende jährlich wiederkehrende Kredit von 153'000 bis 302'000 Franken wird 2021 dem Gemeinderat vorgelegt.

Bei den Tagesstrukturen wird von einer anhaltenden Nachfragerhöhung ausgegangen, was gegenüber Vorjahresbudget mit Mehraufwendungen von 296'000 Franken eingestellt wurde. Es wurde neu mit einem geringeren Anteil an Vollzahlern für die Mittags- und Nachmittagsbetreuung gerechnet. Die Primarschulpflege beschloss, die bestehende Tagesschule im Regelbetrieb ab SJ 2021/22 weiterzuführen und zudem in den nächsten Jahren weitere Tagesschulen an bis zu drei möglichen Standorten aufzubauen.

Der Antrag zur Weiterführung der Tagesschule wird dem Gemeinderat 2021 überwiesen. Die Kosten für die Weiterführung bzw. den Ausbau hängen von den Rahmenbedingungen ab, die derzeit in der Primarschule diskutiert werden.

LG Sonderpädagogik: Die PSU rechnet mit einer weiteren, moderaten Abnahme der ISR-Quote.

Ressourcen für temporäre Stabilisierungsmassnahmen, mehr pädagogische Mitarbeitende, Ressourcen zu Beginn des Kindergartens, Möglichkeiten für Beratung und Supervision von pädagogischen Teams sollen die Tragfähigkeit von Regelklassen erhöhen.

Die Kosten pro ISR- bzw. ESR-Setting steigen, weil der Sonderschulstatus nur noch an Kinder mit hohem Unterstützungsbedarf vergeben wird. Dadurch sinken einerseits die Fallzahlen, andererseits sind die einzelnen Settings aufwändiger und kostenintensiver.

Die Schulpflege hat die Ressourcen der Begabtenförderung um 76'000 Franken erhöht. Neu haben alle Schuleinheiten eigene Atelierkurse vor Ort. Neu steht auch eine Begabtenförderungs-Lehrperson jeder Schuleinheit als Beratungsperson im Rahmen von 30 Minuten pro Woche zur Verfügung. Das Ziel ist es, das Fachwissen der Begabtenförderung im Regelunterricht besser zugänglich zu machen.

HPSU: Die HPSU muss per 2022 voraussichtlich als Eigenwirtschaftsbetrieb geführt werden, das heisst, dass sie ihren Aufwand für Betrieb, den Unterhalt, die Verwaltung, die Abschreibungen und die Zinsen für das investierte Kapital mit dem Entgelt (Beiträge, Gebühren) für ihre erbrachten Leistungen decken müssen. Dies basiert auf dem neuen Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) und den Anpassungen im Volksschulgesetz (VSG).

Auf die Frage, wo das Budget des Geschäftsfeldes um 5% reduziert werden könnte, erklärte die Primarschulpflege, dass dies Leistungsverzichte zur Folge hätte. Sie legte der Kommission eine Übersicht über die kurzfristigen und mittelfristigen Kürzungsmöglichkeiten in den Leistungsgruppen Leitung, Regelunterricht, Sonderpädagogik und Betreuung vor.

Die gestellten Kürzungsanträge wurden in der KBK abgelehnt. In der RPK fand der Antrag um eine Kürzung von CHF 35'000 in der LG Regelunterricht fürs Verbrauchsmaterial eine Mehrheit.

Das Budget des Geschäftsfeldes wurde von der KBK mit 6:2 Stimmen sowie von der RPK mit 7:2 Stimmen angenommen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Anita Borer** (SVP): *Die SVP stellt alle Anträge zum Geschäftsfeld Primarschule, die in den Kommissionen eingereicht wurden und in der Antragsübersicht der Kommissionen vorliegen, nochmals. Ich spreche hiermit gleich zu allen Anträgen der SVP zum Geschäftsfeld Primarschule.*

Wieso stellen wir Kürzungsanträge?

Wir möchten die jährlich steigenden Ausgaben bremsen, den Staatshaushalt schlank halten und eine Steuererhöhung vermeiden. Genau darum stellen wir Kürzungsanträge; denn uns ist klar, dass wir nur so die genannten Ziele erreichen können.

Es sind schwierige Zeiten. Die Corona-Virus-Pandemie hat viele Unternehmen dazu gezwungen, Abstriche zu machen. Einige Unternehmen kämpfen um ihre Existenz oder mussten bereits ihre Türen schliessen. Vielen Ustermerinnen und Ustermern geht es privat nicht anders.

Nun erwarten wir, dass auch die Stadt Uster – als wohl grösstes «Unternehmen» in Uster – ihre Leistungen überprüft, den Staatsapparat wo möglich verschlankt und «notwendig» von «nice to have» trennt.

Als weitaus grösster Posten im Budget gehört dazu auch die Primarschule. Die Kosten des GF Primarschule sind in den letzten Jahren überproportional zum Schülerwachstum gestiegen. Die Primarschule hat ihre Leistungen laufend ausgebaut – zum Teil über das notwendige Soll und die Empfehlungen des Kantons hinaus.

Daher bitten wir jede Verantwortliche und jeden Verantwortlichen der Primarschulpflege, sich ernsthaft zu fragen: Was würde ich tun, wenn ich Unternehmerin oder Unternehmer wäre, den Gürtel enger schnallen müsste und keine Steuergelder hätte, um den steigenden Aufwand zu decken?

Wo soll der Aufwand reduziert werden?

Das ist die undankbare Frage, die uns immer wieder in einen Clinch versetzt. Denn eigentlich weiss es die Primarschulpflege am besten, wo Sparpotenzial vorhanden ist. Zudem kann sie – entgegen unserer Anträge – letztlich sowieso selbst entscheiden, wo sie sparen möchte. Das ist das Wesen unserer NPM-Verwaltung.

Daher haben wir dieses Jahr die Primarschulpflege explizit nach Sparmöglichkeiten gefragt und sie haben uns entsprechende Posten aufgelistet. Dafür bedanken wir uns. Inwiefern diese Liste vollständig ist, ist für uns schwer zu beurteilen. Das Sparpotenzial, das durch eine administrative Verschlinkung und Verzicht auf nicht notwendige Projekte noch vorhanden wäre, ist vermutlich nicht inbegriffen.

Kurzum:

Wir möchten der Primarschulpflege eigentlich nicht sagen, wo sie sparen muss, denn sie weiss am besten, wo es vertretbar ist. Trotzdem wird es implizit von uns erwartet. Also tun wir es, aber nicht gerne. Die bereits gestellten Anträge stellen wir daher nochmals – sie liegen in der Antragsübersicht der Kommissionen vor.

Es sind für uns zwingend notwendige Aufwandreduktionen, die aus unserer Sicht vertretbar sind. Gerne darf die Primarschulpflege diese Kürzungen alternativ aber auch mit Leistungsoptimierungen und Reduzieren von administrativem Aufwand erreichen.

Wir hoffen, dass auch der Gemeinderat seine Verantwortung wahrnimmt und den Anträgen zustimmt.

Vielen Dank an die ganze Primarschule Uster für ihr Engagement.

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner** (SP): *Es ist paradox über so viele Anträge hier sprechen zu müssen. In der KBK wurde besprochen, was hier sinnvoll sein könnte. Den Antrag der RPK könnten wir unterstützen. Alle anderen Anträge lehnen wir ab.*

Anita Borer (SVP) beantragt:

Leitung Primarschule (Präsidium und Behörde)

Kürzung um CHF 50'000 (Weiterbildung, Teamanlässe)

Der Antrag wird mit 14:20 Stimmen a b g e l e h n t .

Anita Borer (SVP) beantragt:

LG Regelunterricht

Kürzung um CHF 50'000 (Gymi-Vorbereitung)

Der Antrag wird mit 9:25 Stimmen a b g e l e h n t .

Die RPK beantragt:

LG Regelunterricht

Kürzung um CHF 35'000 (Verbrauchsmaterial)

Der Antrag wird mit 31:3 Stimmen angenommen.

Anita Borer (SVP) beantragt:

LG Tagesstrukturen / Zusatzangebote

Der Ferienhort wird kostendeckend angeboten = CHF 140'000

Der Antrag wird mit 10:23 Stimmen a b g e l e h n t .

Anita Borer (SVP) beantragt:

LG Sonderpädagogik

Kürzung des Lektionenfaktors DAZ auf das vom Volksschulamt vorgegebene Minimum 0,5 (heute 0,65) = CHF 150'000

Der Antrag wird mit 9:26 Stimmen a b g e l e h n t .

6. Investitionen

Dazu wurden bereits Anträge behandelt.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann: *Wir haben von einigen Kürzungsanträgen gehört, die wir in den Kommissionen nicht haben besprechen können. Darum sind unsere Begründungen dagegen etwas länger ausgefallen. Ich möchte zum CD Stadt Uster nachtragen, dass wir inzwischen das STEK erarbeitet haben und somit „Wohnstadt am Wasser“ nicht mehr dazu kompatibel ist. Zu den individuellen Lohnerhöhungen des Personals möchte ich anmerken, was das für Folgen haben wird. Mit einer Kürzung können weniger individuelle Stufenanstiege gewährt werden. Es trifft diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche konstant überdurchschnittliche Leistungen erbringen, Zusatzaufgaben proaktiv und bereitwillig übernehmen und somit die Leistungsträger in der Organisation darstellen. Dies betrifft z. B. Mitarbeitende der Heime und Spitex, der STAPO, aber auch vielen weiteren Mitarbeitenden, die im aktuellen Covid-Jahr einen riesigen Sondereinsatz geleistet haben und noch leisten. Es trifft die Jüngeren, welche lohnmässig tief eingestuft sind und die dann weniger nachgezogen werden können. Es besteht die Gefahr von Abwanderung, resp. es leidet die Stadt Uster als Arbeitgeberin. Der Gemeinderat muss sich bewusst sein, was für eine Botschaft er gegenüber den Mitarbeitenden aussendet, gerade auch im Rückblick auf die Sondereinsätze in diesem Jahr.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Wie erwähnt, die Bearbeitung der Einnahmenseite ist zur Zeit nicht die wirkungsvolle Massnahme. Wir stellen daher den Antrag, den Gesamtaufwand der Stadt Uster gemäss Ziff. 1 der Weisung 53/2020 um 4.975% zu senken. Eigentlich wären es 5%, aber damit ist die Kürzung im GF Liegenschaften überschlagsmässig sicher wieder ausgeglichen. Ich ersuche die Präsidentin, allenfalls in Zusammenarbeit mit dem Abteilungsleiter Finanzen, die aktualisierte Zahl von heute Abend mit der Reduktion um 4.975% mitzuteilen. Wenn wir zum heute Abend oft genannten Mähmaschinen-Vergleich wechseln: Wir fahren mit dem Mäher nicht aufs Feld, sondern stellen die Maschine dem Bauern auf den Hof. Der weiss nämlich am besten, wie er ihn einsetzen kann. Aber er muss ihn einsetzen! Dieses Vorgehen wurde heute Abend ja mehrfach genauso gefordert.*

Markus Ehrensperger beantragt:

Ziffer 1 Weisung 53/2020 Gesamtaufwand um 4,975 % = CHF 13'014'335 zu senken.

Präsidentin Karin Niedermann (SP): *Wir haben vom Abteilungsleiter Finanzen die vom Gemeinderat beschlossenen Änderungen beim Aufwand einrechnen lassen, was einen solchen von jetzt CHF 261'594'663 ergibt, wovon bei Annahme dieses Antrags CHF 13'014'335 abgezogen würden.*

Der Antrag wird mit 9:23 Stimmen a b g e l e h n t .

7. Festsetzung des Steuerfusses

Präsidentin Karin Niedermann (SP): *Der Stadtrat beantragt einen Steuerfuss von 91 %, die RPK einen solchen von 94 %.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Jürg Krauer** (FDP): *Tatsächlich, sämtliche in den Kommissionen angenommenen Kürzungsanträge wurden heute angenommen, dies allerdings auf der linken Ratsseite nicht immer einstimmig. Amüsant war dabei, wie krampfhaft die SP versuchte, ihre Annahme der Anträge schönzureden. Liebe Grünliberale, die Sparanträge sind durchgekommen, eine Steuererhöhung also definitiv nicht mehr notwendig.*

Wir bitten aber auch alle anderen Parteien nochmals mit Nachdruck, auf die Steuererhöhung zu verzichten. Dies aus folgenden Gründen:

Die Steuererhöhung schadet der Wirtschaft! Noch vor 3 Wochen wurde uns von der SP in diesem Saal vorgeworfen, dass wir uns gegenüber dem Gewerbe misstrauisch, ja sogar hasenfüssig zeigen. Es war zu erwarten, dass sich die Absenderin dieser Worte auf für Sie ungewohntem und unangenehmen Terrain bewegt hat. Und prompt, bereits heute zeigt die Ratslinke wieder ihr wahres Gesicht: Dies der wirtschaftsfeindlichen Parteien!

Wir sind gespannt, bis wie weit in die Mitte diese Politik der Standortunattraktivität in der anschließenden Abstimmung zum Steuerfuss getragen wird.

Das Wirtschaftsforum Uster schreibt bezüglich Standortförderung treffend in ihrer Medienmitteilung. Es ist übrigens bemerkenswert, dass gemäss RPK-Referat von Walter Meier diese Medienmitteilung 3 Tage vor Erstellung bereits in der RPK diskutiert wurde. Im Kommissionsreferat sollte man sich bitte auf die effektiv besprochenen Themen beschränken. Das WFU schreibt in ihrer Medienmitteilung von letzter Woche:

Uns ist wichtig, dass die Anstrengungen vergangener Jahre, gute Rahmenbedingungen für die Ustermer Wirtschaft zu schaffen, mit einer allfälligen Steuerfusserhöhung nicht zunichtegemacht werden. Eine höhere Steuerbelastung bedeutet auch weniger Geld für Investitionen in Betrieb und Personal. Das Ziel, in Uster mehr Arbeitsplätze zu schaffen, würde torpediert.

Genau dies würde geschehen und es ist daher ein Trauerspiel, was die linke Ratsseite heute offenbar vorhat.

Folgen der Covid-19-Pandemie sind noch nicht absehbar! Die Unternehmen haben mit den Auswirkungen der Pandemie tagtäglich zu kämpfen. Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmenden werden sich die privaten Unternehmen in der nächsten Zeit kaum leisten können. Die Forderung einer Erhöhung des Steuerfusses ist daher ein Affront gegenüber der Wirtschaft, aber eben auch gegenüber den Konsumenten und Konsumentinnen. Denn eine Steuerfusserhöhung trifft natürlich überhaupt nicht nur die Unternehmen, sondern in grossem Masse auch die Ustermer Bevölkerung. Es darf nicht sein, dass diese in der momentan unsicheren Zeit noch stärker belastet wird!

Unsere Politik soll im Interesse der Bevölkerung sein!

Interessant ist nämlich, wie sich Walter Meier im AvU vom vergangenen Samstag mit den folgenden Worten zitieren lässt:

Im nächsten Jahr ist für manche Parlamentarier eine Steuererhöhung – so kurz vor den Gemeindevahlen – ein Tabu.

Diese Aussage offenbart zwei wesentliche Erkenntnisse:

- Zum einen kann man in der EVP, allenfalls sogar auf der gesamten linken Seite, im Wahlkampf nicht zu seiner wahren politischen Haltung stehen. Diese Unehrlichkeit muss den Wählerinnen und Wählern zu denken geben.*
- Und zum anderen muss diesen Gemeinderäten bewusst sein, dass die Bevölkerung eine Steuerfusserhöhung nicht goutiert! Eine Politik, die an den Interessen der Bevölkerung vorbeizieht, dies muss den Wählerinnen und Wählern noch mehr zu denken geben!*

Die FDP/CVP-Fraktion appelliert daher an die Vernunft der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, eine Politik zu betreiben, welche im Interesse der Ustermer Bevölkerung und der Ustermer Wirtschaft ist und auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten. Die Ustermerinnen und Ustermer werden euch dafür danken.

Markus Ehrensperger (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf (Art. 37 Abs. 2 GeschO GR).

Abstimmung über den Ordnungsantrag auf Abstimmung unter Namensaufruf

Der Gemeinderat beschliesst mit 23 Stimmen (Quorum 12 = ein Drittel der anwesenden Ratsmitglieder):

Abstimmung unter Namensaufruf.

Abstimmung über den Steuerfuss der Stadt Uster

Wer für den Antrag des Stadtrates stimmt, antwortet mit „91“.

Wer für den Antrag der RPK stimmt, antwortet mit „94“.

Wer sich der Stimme enthält, antwortet mit „Enthaltung“.

Die Präsidentin stimmt nicht.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär:

Name	Vorname	Partei	91 %	94 %	Enthaltung
Bickel	Matthias	FDP	x		
Borer	Anita	SVP	x		
Caviezol	Beatrice	Grünliberale		x	
Camponovo	Martin	SP		x	
Denzler	Hans	SVP	x		
Denzler	Rolf	SVP	x		
Dürst	Silvan	SVP	x		
Ehrensperger	Markus	SVP	x		
Fitze	Monika	SP		x	
Foiera	Silvio	EDU	x		
Frei	Patricio	Grüne		x	
Fuchs	Eveline	Grüne		x	
Ghelfi	Marco	Grüne		x	
Grob	Andrea	FDP	x		
Keel	Barbara	SVP	x		
Keel	Hans	SVP	x		
Keller	Christoph	SVP	x		
Koller	Ivo	Grünliberale		x	
Krauer	Jürg	FDP	x		
Lengacher	Natalie	Grüne		x	
Mathis-Jäggi	Peter	SP		x	
Meier	Walter	EVP		x	
Pauling	Andreas	Grünliberale			x
Müller	Peter	FDP	x		
Özcan	Ali	SP		x	
Rauber	Mary	EVP		x	
Räubtlin	Ursula	Grünliberale		x	
Schmid	Ulrich	CVP	x		
Schütz	Florin	SP		x	
Stopper	Paul	BPU	x		
Thalmann	Balthasar	SP		x	
Thalmann	Marc	FDP	x		
Wanner	Markus	SP		x	
Weder	Marius	SP		x	
Zarotti	Angelika	SP		x	
Total			16	18	1

Damit ist dem Antrag der RPK zugestimmt worden.

Schlussabstimmung über die Weisung 52/2020

Der Gemeinderat beschliesst mit 20:14 Stimmen:

- 1. Die Leistungsaufträge 2021-2024 sowie die Globalbudgets 2021 werden genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat, die Sozialbehörde sowie die Primarschulpflege zum Vollzug.**

4 Leistungsmotion 569/2020 von Silvio Foiera (EDU) und Christoph Keller (SVP): Open-Government-Data-Strategie

Gemeinsame Behandlung mit TOP 3 (vergleiche Seite 970).

Für die KÖS hat **Hans Denzler** (SVP) bereits referiert.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann nimmt Stellung: *Kurz zur Historie dieser Leistungsmotion. Der Stadtrat wollte aus Kostengründen im Mai 2020 die Leistungsmotion nicht annehmen. Der Gemeinderat hat dennoch den Vorstoss überwiesen. Wir haben auch die damals gehaltenen Voten aus Ihrem Rat zur Kenntnis genommen und auf die damit verbundenen Kosten weisen wir in der Weisung 52/2020 hin. Was der Gemeinderat jetzt damit machen will, bleibt Ihnen überlassen. Das Anliegen ist dennoch wichtig. Darum stimmen Sie dem Antrag des Stadtrates zu.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvio Foiera** (EDU): *Ich danke dem Stadtrat für die erste Stellungnahme zur eingereichten Leistungsmotion.*

Wie der Stadtrat schreibt, sind auf Grund knapper personeller und finanzieller Ressourcen wurde [...] entschieden, Open Data nicht prioritär zu behandeln. Somit sind bis 2022 auch keine personellen und finanziellen Mittel für stadtweite OGD-Vorhaben vorgesehen.

Das ist nachvollziehbar – gerade auch durch die Herausforderungen der Pandemie-Situation um SARS-CoV-2 bzw. COVID19.

Dies ist jedoch nicht zwingend erforderlich. Die Leistungsmotion verlangt nicht zwingend neue Stellen, sondern die Festlegung einer Strategie. Was bedeutet, Anschaffungen und Migrationen, dahingehend strategisch zu prüfen und allenfalls zu priorisieren.

Wir kennen die Situation doch alle, aufräumen ist mühsam, manchmal hat man auch "kä Luscht" oder "kä Zyt". Manche sagen gar, wer Ordnung hält, ist zu faul zum Suchen. Dennoch für einen Effizienten Betrieb ist von Zeit zu Zeit ein Aufräumen, sortieren & zurechtlegen der Werkzeuge unerlässlich. Insbesondere wenn verschiedene Stellen involviert sind, oder zunehmend vernetztes und fachübergreifendes Arbeiten zum Tragen kommt.

Gerade die ausserordentliche Situation vom Frühling mit einem Teil-Lockdown, wie auch die herausfordernde Situation diesen Herbst, hat uns vor Augen geführt, wie notwendig plötzlich der Zugriff auf Daten wurde, welche man sonst immer lokal oder physisch zur Verfügung hatte.

Diese Verfügbarkeit ist aber auch Grundlage für den Ausbau der Dienste über den sogenannten Digitalen Schalter, welcher ermöglicht, Amtsgeschäfte auch ohne Anwesenheit im Stadthaus zu erledigen.

In gewissen Abteilungen, wie z. B. der Abteilung Bau, wurde dieses Vorgehen bereits im Tagesgeschäft integriert bzw. technisch bedingt geht es gar nicht mehr ohne diesen Austausch und eine Strukturierte Datenbasis als Grundlage. Eine elektronische Baueingabe – um ein Beispiel zu nennen – entlastet aber auch das Bau- und das baunahe Gewerbe.

Andernorts gilt es jetzt historisch gewachsene Strukturen zu entflechten und für eine künftige interdisziplinäre Nutzung vorzubereiten. Ohne diese Grundlagenarbeit wird man dringend benötigte Dienste nicht oder nur mit beträchtlichem Aufwand realisieren können und riskiert in Sackgassen einzubiegen aus denen man nur mit Mühe & beträchtlichem Geld & Zeitaufwand wieder hinaus findet. Also mit Ressourcen, welche bekanntlich sowieso knapp sind..

Der Entscheid, Open-Government-Data als Strategie und Pfad festzulegen, gibt so standartisierte Leitlinien vor, welche Mittelfristig Ressourcen freisetzen und die Verwaltung entlasten.

Und genau das ist doch letztlich auch die Aussage des Stadtrates, man hat kaum oder keine Ressourcen für anstehende oder gewünschte Aufgaben.

Daher bitte ich den Rat um die Unterstützung, diese grundlegende Strategie hier und jetzt vorzugeben und die Zukunft und die Smart City darauf aufzubauen statt mit einem Korb von isoliert betrachteten Einzellösungen weiter zu gehen.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Im Mai dieses Jahres hielt Peter Müller ein flammendes Votum für die Leistungsmotion und auch wenn wir heute dem Kredit aus finanzpolitischen Gründen nicht zustimmen, ist festzuhalten, dass wir mit dem Inhalt und dem Ziel der Leistungsmotion noch immer voll und ganz übereinstimmen.*

Wir sind überzeugt, dass in der Verwaltung Kompetenzen und Kapazität in diesem Bereich vorhanden sind, um bei der richtigen Prioritätensetzung bereits im kommenden Jahr im ordentlichen Budget Massnahmen umzusetzen, die der Motion dienlich sind.

Und im Sinne eines Auftrages an das Geschäftsfeld, den Betrag in einem der kommenden Budgets wieder vorzusehen.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ivo Koller** (Grünliberale): *Geschätzter Hans Denzler, genau wegen solchen Forderungen braucht die Verwaltung mehr Geld. Ich bin gespannt, wie Du stimmen wirst. Zum Inhalt:*

Der Stadtrat und in seiner Speerspitze der Stadtschreiber wollen in Sachen Digitalisierung vorwärts machen. Das ist gut so.

Aus folgenden drei Überlegungen sind wir jedoch davon überzeugt, dass wir dem Stadtrat mit der Zustimmung dieser Leistungsmotion einen Bärendienst erweisen würden:

- 1. Diese Leistungsmotion passt nicht zu Uster. Die Stadt hat in Sachen Digitalisierung andere Ideen, zum Beispiel in der Überarbeitung der Homepage.*
- 2. Das Öffentlichkeitsprinzip finden wir super. Aber uns stellt sich die ernsthafte Frage, wo der konkrete Nutzen sein soll. Da sind die Fussgänger-Wegweiser noch 1'000 Mal besser investiert. Wer das nicht glaubt, soll mal auf dem zentralen Portal des Bundes, opendata.swiss, nachschauen.*
- 3. Wer schon nicht am Nutzen zweifelt, bleibt erst recht beim Kosten-/Nutzen-Verhältnis hängen. Eine Verschlechterung des Budgets um CHF 55'000.00 und der bescheidene Mehrwert passen nicht ins Jahr 2021.*

Die Grünliberale/EVP-Fraktion lehnt die Leistungsmotion weiterhin ab.

Die KÖS und die RPK beantragen Ablehnung der Leistungsmotion.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 8:24 Stimmen:

- 1. Die Leistungsmotion 569/2020 betreffend „Open-Government-Data-Strategie“ wird **a b g e l e h n t** .**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Weisung 53/2020 des Stadtrates: Budget (Voranschlag) 2021 und Finanzplanung 2022-2024, Bericht

Gemeinsame Behandlung mit TOP 3.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat,

nach Einsichtnahme in den „Novemberbrief“ (Stadtratsbeschluss 444 vom 3. November 2020,

beschliesst mit 19:14 Stimmen:

- 1. Die Erfolgsrechnung des Budgets 2021 der Stadt Uster mit einem Aufwand von 261'594'663 Franken, einem Ertrag von 255'973'363 Franken und einem Aufwandsüberschuss von 5'621'302 Franken wird genehmigt.**
- 2. Die Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens des Budgets 2021 der Stadt Uster mit 21'835'000 Franken werden genehmigt.**
- 3. Die Nettoinvestitionen des Finanzvermögens des Budgets 2021 der Stadt Uster mit 2'950'000 Franken werden genehmigt.**
- 4. Der Steuerfuss 2021 wird auf 94 Prozent (Vorjahr 91 Prozent) des einfachen Gemeindesteuerertrags von 83'000'000 Franken (100 Prozent) festgesetzt.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat, die Sozialbehörde und die Primarschulpflege zum Vollzug.**

6 Weisung 51/2020 der Sekundarschulpflege: Budget (Voranschlag) 2021 der Sekundarstufe Uster

Rolf Denzler (SVP, Nänikon) und Ulrich Schmid (CVP, Nänikon) im Ausstand (Art. 4 Abs. 2 GO der Sekundarschulgemeinde Uster).

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier** (EVP): *Die KBK hat das Budget am 16. November, die RPK am 23. November beraten.*

Allgemeines

Die Sek Uster plant für das Jahr 2021, den Steuereffuss auf 18 % zu belassen. Damit würde ein Aufwandüberschuss von fast 2.6 Mio. entstehen, dies bei einem Aufwand von 29.76 Mio. Franken. Auf das Budget 2022 hin wird mit einer Steuerfusserhöhung von 1 % geplant, das würde ab 2022 einen Cash Flow von jeweils mind. 1.2 Mio. ergeben.

Der Cash Flow im 2021 (Selbstfinanzierung) liegt allerdings bei -0.5 Mio., was völlig ungenügend ist. Die Sekundarschulpflege nimmt das schlechte Ergebnis bewusst in Kauf. Einerseits will man wegen Corona den Steuereffuss nicht anheben und da andererseits ab 2022 mit einer Steuerfusserhöhung von 1 % die Aussichten nicht so schlecht stehen, erscheint der Schulpflege der Verlust im 2021 als tragbar.

Veränderungen gegenüber dem Budget 2020

Die Verschlechterung um rund 2 Mio. gegenüber dem Budget 2020 kann wie folgt begründet werden:

- Der Finanzausgleich sinkt um etwas mehr als 0.7 Mio.*
- Die Steuern inkl. Steuern früherer Jahre und diverse Posten Finanzierung gehen um ca. 0.55 Mio. zurück.*
- Die Abschreibungen sinken um Fr. 140'000*
- Die LG Unterricht steigt (ohne Abschreibungen) um rund 0.3 Mio., was auf die Erhöhung um 4 Stellen zurückzuführen ist. Einerseits muss eine zusätzliche Klasse geführt werden, andererseits steigt der DaZ-Bedarf und die Klassenassistenzen werden neu in der LG Unterricht geführt. Weiter müssen die Stellen-% für den pädagogischen ICT-Support erhöht werden, was im Einklang mit dem ICT-Konzept steht.*
- Bei der LG sonderpädagogische Angebote werden nur diejenigen Kosten budgetiert, welche bereits heute bekannt sind. Trotzdem steigen auch hier die Kosten um Fr. 170'000. Sollten also SuS mit Sonderschulbedarf nach Uster ziehen, werden diese Kosten zusätzlich anfallen. An sich sind Mehrkosten von Fr. 270'000 bekannt, weil aber die Klassenassistenzen in die LG Unterricht verschoben werden, fällt die Erhöhung etwas tiefer aus.*
- Bei der LG Liegenschaften geht die Erhöhung von Fr. 170'000 auf erhöhten Reinigungsaufwand in den Schulanlagen zurück. Die besetzten Stellen steigen gemäss Budget um die Hälfte. Es hat sich gezeigt, dass bisher zu tiefe Werte eingesetzt waren. Die Erhöhung in Franken ist denn auch geringer als die Stellenaufstockung um nahezu 6 Stellen.*
- Die Kostensteigerung um rund Fr. 60'000 bei der LG Behörde + Verwaltung geht auf eine Stellenerhöhung zurück. Die Schulverwaltung ist aber auch damit immer noch eher unterbesetzt.*
- Die Kostensteigerung um rund Fr. 90'000 bei der LG SSU Allgemein hat verschiedene Gründe: Einerseits geht man von einem etwas höheren Defizit bei der Schulgesundheit aus, andererseits führen höhere Schülerzahlen im Gynasium auch zu etwas höheren Kosten. Zudem wird das Projekt LIFT (Fr. 20'000) neu bei SSU Allgemein budgetiert.*
- Schliesslich geht man bei der KuSs von einem etwas tieferen Überschuss aus. Die Rechnung müsste hier ja ausgeglichen sein.*
- Die BWS und Spur+ gehen von ausgeglichenen Budgets aus, wie auch schon im Vorjahr.*

Aufgrund der Frage, wie 5 % des Budgets eingespart werden können, hat uns die SSU aufgezeigt, wo nicht gebundene Kosten im Budget enthalten sind. Es werden rund 1,15 Mio. aufgelistet. Rund ein Drittel davon würde die Streichung der Schulreisen, Exkursionen, Projekte und Klassenlager ausmachen. Weiter nicht gebunden sind die Begabtenförderung, kostenpflichtige Zusatzangebote wie Tastaturschreiben, Interventionen bei Spur+. Bei der Reinigung könnte man tiefere Standards setzen usw. Hier wird der Gemeinderat entscheiden müssen, wie weit die Attraktivität der Sek Uster herabgeschraubt werden soll.

Die Investitionsplanung sieht im 2021 Investitionen von 2.1 Mio. vor. Einen Teil davon haben wir als Parlament bereits für die Vergrößerung der Klassenzimmer im Krämeracker bewilligt. Ein zweiter grösserer Posten ist für den Pavillonersatz auf dem Gelände der BWS vorgesehen. Wie viel davon verbaut werden kann, hängt davon ab, wie schnell das Parlament den Antrag für den Baukredit erhält und wann die Volksabstimmung durchgeführt werden kann. Die Sanierung des Singsaals in der Schulanlage ist zwar mit 0.5 Mio. ebenfalls im Investitionsbudget enthalten, vermutlich wird diese Sanierung aber noch einmal hinausgeschoben.

Das Budget 2021 der SSU gab weder in der KBK noch in der RPK zu Diskussionen Anlass.

Die KBK und die RPK empfehlen je mit 9 : 0 Stimmen (einstimmig) dem Gemeinderat, die Leistungsaufträge 2021 – 2024 und das Globalbudget 2021 zu genehmigen, dies bei einem Steuerfuss von 18 %.

Der Präsident der Sekundarschulpflege, **Benno Scherrer**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti** (SP): *Wir danken der Sekundarstufe Uster und der Verwaltung für das Erstellen des Budgets 2021. Das Globalbudget, resp. die Leistungsgruppen sind sinnvoll gegliedert und übersichtlich.*

Auch dieses Jahr möchten wir erwähnen, dass wir das Budget und die Finanzplanung nicht so rosig sehen wie die Sekundarstufe und die RPK. Wir verstehen es, dass auf 2021 keine Änderung des Steuerfusses vorgenommen wird, begrüssen aber die geplante Erhöhung für übernächstes Jahr um 1 % sehr.

Bei einem Steuerfuss von 18 % wird sich ein Aufwandüberschuss von 2,6 Mio. ergeben, dies bei einem Aufwand von 29,76 Mio. Der „Cash Flow“ mit 0,5 Mio Franken ist ungenügend. Der Sekundarschulpflege ist das schlechte Ergebnis bewusst.

Die steigenden Kosten sind in der Subkommission begründet worden und im Kommissionsreferat erläutert worden.

Die Investitionen, welche budgetiert sind, sind zum Teil durch den Gemeinderat bereits bewilligt.

Wir hoffen aber, dass auch die anderen Investitionen getätigt werden können, da in diesem Bereich immer eher zurückhaltend gearbeitet wurde.

Die SP-Fraktion wird dem Budget zustimmen.

Detailabstimmungen

Den Anträgen der Sekundarschulpflege stehen keine Gegenanträge gegenüber und Auszählung wird nicht verlangt. Damit hat der Gemeinderat den Detailanträgen zugestimmt (Art. 36 Abs. 3 GeschO GR)

./.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen (im Ausstand 2):

1. Der Gemeinderat hat das Budget 2021 der Sekundarschulpflege Uster vom 25. August 2020 entsprechend dem Antrag der der Schulpflege genehmigt. Das Budget weist folgende Eckdaten aus:

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	Fr. 29'757'900.00
	<u>Gesamtertrag</u>	<u>Fr. 27'177'500.00</u>
	Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)	Fr. -2'580'400.00
Investitionsrechnung	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr. 2'100'000.00
Verwaltungsvermögen	Einnahmen Verwaltungsvermögen	-
	Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	Fr. 2'100'000.00
Investitionsrechnung	Ausgaben Finanzvermögen	-
Finanzvermögen	Einnahmen Finanzvermögen	-
	Nettoinvestitionen Finanzvermögen	-
Einfacher Gemeindesteuerertrag (100 %)	(Vorjahr Fr. 79'100'000)	Fr. 75'090'000.00
Steuerfuss / Steuerertrag	18 %	Fr. 13'516'200.00

Der Ertragsüberschuss / Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss/-fehlbetrag zugewiesen / belastet.

2. Der Steuerfuss der Sekundarschulgemeinde Uster für das Jahr 2021 wird auf 18 % (Vorjahr 18 %) des einfachen Gemeindesteuerertrags festgesetzt.
3. Mitteilung an die Sekundarschulpflege, den Stadtrat und den Bezirksrat Uster.

7 Kenntnisnahmen

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 21. September 2020 sind beim Bezirksrat Uster bis 11. November 2020 – mit Ausnahme der Einzelinitiative 536/2019 – keine Rechtsmittel eingelegt worden (vergleiche Seite 951).

Vorstösse, Fristverlängerungen

- Motion 511/2018: Die Geschäftsleitung hat am 25. November 2020 die Frist für den Beschlussentwurf des Stadtrates auf sein erneutes Gesuch bis 4. Mai 2021 verlängert (vergleiche Seite 680).
- Interpellation 591/2020: Die Geschäftsleitung hat am 25. November 2020 das Gesuch des Stadtrates um Fristverlängerung für die Antwort bis 31. Januar 2021 abgelehnt, womit die Frist bis 21. Dezember 2020 einzuhalten ist (vergleiche Seite 886).

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 10. November 2020: Energie Uster AG, Ökofondskommission, Wahl der Mitglieder für die Kalenderjahre 2021 bis 2023 (Stadtratsbeschluss 454 vom 10. November 2020)
- 16. November 2020: Grüner Ustertag – Trinkwasserinitiative, Online-Diskussion, Einladung auf Samstag, 21. November 2020, 16 Uhr
- 27. November 2020: Wirtschaftsforum Uster (WFU), Zuschrift vom November 2020 i/S. Vorschlag Stadt Uster 2021, Steuerfuss

Primarschulpflege, Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle der zurückgetretenen Andrea Grob (FDP): Es wurde am 29. November 2020 von den Stimmberechtigten Roger Kleinert (parteilos) gewählt (vergleiche Seite 135).

Die Ratsmitglieder können beim Parlamentsdienst einsehen:

Alain Griffel (Hrsg.)

Kommentar zum Verwaltungsrechtspflegegesetz des Kantons Zürich (VRG), 3., vollständig überarbeitete Auflage auf der Grundlage von Alfred Kölz/Jörg Bosshart/Martin Röhl, 2. Auflage (1999) und Alfred Kölz, 1. Auflage (1978)

Schulthess Juristische Medien AG, Zürich – Basel – Genf 2014

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 18. Januar 2021 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

17.12.2020

Die Präsidentin
Karin Niedermann

18./21.12.2020

Die Stimmenzähler
Eveline Fuchs

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann